

## **16. Schlangenbader Gespräch**

### **Krise: Der globale Wandel und seine bilateralen Folgen**

Schlangenbad, 25. bis 27. April 2013

Veranstalter

Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau  
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt

in Kooperation mit

Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen,  
Russische Akademie der Wissenschaften  
Konrad-Adenauer-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau

Protokoll

Xenia Gruscha  
Vera Rogowa



Im Fokus des 16. Schlangenbader Gesprächs standen die jüngsten Veränderungen in den bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Wie Hans-Joachim Spanger einleitend herausstellte, seien die diskontinuierlichen Beziehungen zwischen Russland und den USA ein konstantes Thema der Schlangenbader Gespräche. Jede neue Legislaturperiode – auch die zweite Amtszeit von Präsident Obama – beginne gleichsam mit einem Tiefpunkt der russisch-amerikanischen Beziehungen und erinnere zahlreiche Kommentatoren immer wieder an die Zeiten des Kalten Krieges. Dagegen seien die deutsch-russischen Beziehungen seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation konfliktfrei und von erstaunlicher Stabilität geprägt. Dies äußere sich, so Reinhard Krumm, vor allem in einer starken wirtschaftlichen Zusammenarbeit aber auch in einer breiten und tiefen wissenschaftlichen Kooperation zwischen beiden Ländern. Darüber hinaus sei Deutschland kein Konkurrent, sondern immer ein strategischer Partner Russlands in den Kernbereichen der Wirtschaft und Sicherheit gewesen. In jüngster Zeit jedoch ähnelten diese einstmal stabilen Beziehungen denen, die Russland zu den USA oder Polen habe. Diese Verschlechterung sei, so Spanger, offenbar eng mit der kritischen Haltung Deutschlands gegenüber den innenpolitischen Entwicklungen in Russland verbunden. Auch für Krumm hat die Erweiterung der interessengeleiteten Partnerschaft um Themen der Menschenrechte und Demokratie zu einer neuen Entwicklung der bilateralen Beziehungen geführt, die auf der deutschen Seite von Unmut über innenpolitische Ereignisse in Russland, auf russischer Seite dagegen von Misstrauen gegenüber dem Westen und Europa gekennzeichnet sei. Eine wichtige und kontrovers diskutierte Frage des diesjährigen Schlangenbader Gesprächs stellte daher die künftige Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen dar. Dabei spielte die von Aleksander A. Dynkin eingangs erläuterte Frage, inwieweit die bilateralen politischen Beziehungen durch ökonomische Verflechtung verbessert werden könnten, eine zentrale Rolle.

## **Panel 1**

### **Wandel durch Handel?**

#### **Die deutsche Russlandpolitik in der Kontroverse**

Ausgehend von der Feststellung, dass die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland weit hinter den wirtschaftlichen zurückgeblieben seien, erörterte das erste Panel die bestehenden Probleme und ging der Frage nach, wie die deutsch-russischen Beziehungen positiver gestaltet werden können. Die lebhafteste Diskussion des Themas zeigte, wie unterschiedlich die deutsch-russischen Beziehungen in beiden Ländern wahrgenommen werden. Während die Teilnehmer sich einig waren, dass die deutsch-russischen Beziehungen langfristig gestärkt werden müssten, gingen die Meinungen darüber, wie dieses Ziel erreicht werden könnte, weit auseinander.

In seinem einführenden Vortrag stellte **Franz Thönnies** die intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland heraus. Die deutsch-russische Außenhandelskammer erwarte, dass auch künftig die Zahl von Großprojekten und Investitionen, beispielsweise in der Automobilbranche und im Bereich des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs ansteige. Des Weiteren bestehe eine enge Verbindung der beiden Länder durch den Handel mit fossilen Energieträgern: Allein 39 Prozent der deutschen Ölimporte stammten aus Russland. Die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern blieben jedoch weit hinter dieser positiven Kooperation zurück. Allerdings habe die Euro-Krise auch die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland negativ beeinflusst. Während das Wachstum in den BRIC-Staaten weiterhin stark sei, befinde sich die EU-Wirtschaft durch die Eurokrise in der Rezession. Der Wandel in der Fiskalpolitik zwingt die Euro-Länder zu Einsparungen; die Arbeitslosigkeit steige stark an und die Investitionen in Bildung und Forschung blieben auf der Strecke. Deutschland befinde sich, so **Thönnies**, zusammen mit der EU in einer Krise und im Wandel, denn auch das Wachstum der deutschen Wirtschaft sei rückläufig, obwohl diese den stärksten Wirtschaftsfaktor in der EU darstelle. Die Krise habe die „Unfertigkeit“ Europas aufgezeigt und fordere eine größere soziale Ausrichtung der EU.

Russlands Wirtschaftsprobleme bestünden darin, dass das Land zwar über ein großes Potenzial verfüge, die Staatseinnahmen aber fast ausschließlich aus den Exporten von Öl und Gas bezogen würden. Russland könne sich nicht wie eine Industrienation entwickeln, da es zu sehr auf den Export von Rohstoffen fixiert sei. Die mangelnde Diversifizierung der Wirtschaft und der Rückgang der Wachstumsraten schädigten zudem unmittelbar die Bevölkerung, zumal dann, wenn die russische Regierung hohe Militärausgaben tätige und zugleich Einsparungen im Sozialsektor vornehme.

Viele Teilnehmer waren ebenfalls der Ansicht, dass die russische Wirtschaft modernisiert und umstrukturiert werden müsse. So kritisierte **Aleksej B. Kusnetsow**, dass in Russland Wachstum ohne strukturelle Veränderungen stattfinde, während **Peter W. Schulze** eine „Reindustrialisierung“ Russlands sowie die Nutzung und Modernisierung des Humankapitals forderte. Das vorhandene ökonomische Kapital müsse primär in die Infrastruktur fließen, denn wie das Beispiel Asien zeige, treibe Vernetzung den Handel massiv an. Russland müsse die Herausforderung annehmen und eine neue Nische auf dem Weltmarkt finden. Der Schlüssel zur demokratischen und „globalistischen“ Entwicklung Russlands sei, so **Schulze**, die Reindustrialisierung des Landes und eine stabile Mittelklasse.

Auch Deutschland werde nach Einschätzung von **Thönnies** in Zukunft mit weitreichenden strukturellen Veränderungen zu kämpfen haben; während es heute 5 Prozent zur Weltwirtschaftsleistung beitrage, werde sich dieser Anteil in wenigen Jahrzehnten halbiert haben. Deutschland könne sich deshalb nicht dauerhaft auf seine wirtschaftliche Stärke verlassen, sondern müsse die gegenwärtigen Handelsbeziehungen zu Russland durch einen Rechtsstaatsdialog, soziale Partnerschaft sowie einen Dialog von Wirtschaft, Gesell-

schaft und Staat ergänzen. **Irina J. Kobrinskaja** mahnte jedoch, Deutschland solle seine wirtschaftliche Bedeutung nicht in politische Einflussnahme auf Russland umwandeln.

Eine Veränderung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen wurde auch von **Ewald Böhlke** gefordert, der in seiner Einführung das Konzept einer „vernetzten Wirtschaft“ vorstellte. Zwar seien, so **Böhlke**, die Beziehungen im Energiesektor weiterhin bedeutend für Russland und Deutschland, jedoch spielten die Hightech-Beziehungen eine immer wichtigere Rolle. Daher sei ein intensiver Austausch zwischen russischen und deutschen Ingenieuren unverzichtbar. Da die deutsche Politik verkenne, dass russische Ideen auch in Deutschland gebraucht werden, biete sie keine Anreize für einen Austausch von deutschen und russischen Ingenieuren. Diesem Umstand müsse entgegengewirkt werden. Politisch ebenso unbeachtet bleibe die Tatsache, dass die russische Wirtschaft in der deutschen Industrie, der Informationstechnologie und der Automobilbranche durchweg präsent sei. Darüber hinaus gebe es sehr viele russische Ingenieure in Deutschland und tausende russische Studenten und Auszubildende absolvierten eine deutsche Ausbildung. Von den soziokulturellen Erfahrungen dieser jungen Menschen profitiere auch die russische Gesellschaft. Somit könne, so die These **Böhlkes**, durch die Umsetzung praktischer Projekte sowie den Ausbau einer vernetzten Wirtschaft im IT-Bereich eine gesellschaftliche Veränderung in Russland stimuliert werden. Während die wirtschaftliche Zusammenarbeit für ihn positive Zukunftsperspektiven biete, zeigte sich **Böhlke** besorgt über die Privatisierung des Gesundheitswesens sowie über andere soziale Probleme in Russland, die gemeinsam bewältigt werden sollten. Denn gute sozio-ökonomische Bedingungen seien eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung individueller Freiheit.

Auch **Jürgen Möpert** vertrat die Meinung, dass die Förderung von Öl und Gas nicht ausreiche, um die Modernisierung des Landes voranzutreiben. Deshalb setze sich die Wintershall AG gemeinsam mit der Außenhandelskammer dafür ein, die noch im Entstehen begriffene Mittelschicht Russlands zu fördern. Das Ziel sei nicht, Russland das eigene gesellschaftliche Modell „aufzudrücken“. **Möpert** stimmte der Einschätzung von **Wladimir P. Nasarow** zu, dass der Modernisierungsprozess in Russland gewollt sei und bereits stattfinde, sich jedoch schwierig und langwierig gestalte und viel Geduld und Beständigkeit erfordere, auch vonseiten Deutschlands.

Allerdings, wandte **Aleksej Kusnetsov** ein, behindere die deutsche und europäische Russlandpolitik eine weitere positive Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen. So werde Russland von vielen Projekten der EU ausgeschlossen und selbst gegenüber Nicht-EU-Mitgliedern benachteiligt. Diesem Umstand sei zu verdanken, dass der Handel mit Öl- und Gas weiterhin die Beziehungen zu Europa dominiere. Auch wenn von europäischer Seite gemeinsame Projekte in den Bereichen moderner Technologien und der Autoindustrie entstünden, könnten diese die enorme Nachfrage von russischer Seite nicht abdecken. Zudem würden der deutsch-russische Austausch und eine intensivere Zusammenarbeit durch Barrieren wie die komplizierten Visabestimmungen der EU erschwert,

die keine Anstalten mache, diese zu vereinfachen. Darüber hinaus seien europäische Unternehmen bisher nicht konsequent genug für die Korruptionsbekämpfung in Russland eingetreten. Sie müssten sich, so **Kusnetsow**, stärker von solchen kriminellen Aktivitäten abgrenzen.

Während **Ewald Böhlke** und **Jürgen Möpert** reale Möglichkeiten eines geduldrigen „Wandels durch Handel“ aufzeigten, gab **Wladimir A. Ryschkow** zu bedenken, dass Handel auch eine autoritäre Herrschaft festigen könne. Politische Probleme nicht anzusprechen und ein autoritäres Regime durch Schweigen zu unterstützen schade auch der Wirtschaft, denn diese könne sich nicht unabhängig von der Politik entwickeln. Die These, dass „Wandel durch Handel“ illusorisch sei, solange die Zivilgesellschaft ausgeklammert werde, vertrat vor allem **Manfred Sapper** in seiner Einführung und bezeichnete dies als eine „kastrierte Modernisierung“.



R. Krumm, F. Thönnies, M. Sapper

Diese kritische Aussage regte eine intensive Debatte über die innenpolitischen Entwicklungen in Russland und darüber an, wie Deutschland darauf reagieren sollte.

Wie **Franz Thönnies** eingangs feststellte, belastete die starke Kritik Deutschlands an der Menschenrechtslage in Russland die politischen Beziehungen. Die von deutscher Seite gehegte Hoffnung auf eine positive Entwicklung der Zivilgesellschaft, auf größere Freiräume für NGOs, mehr Parteien und mehr Demokratie in Russland hätte sich mit der dritten Amtszeit von Präsident Putin nicht erfüllt, was – trotz der guten wirtschaftlichen Zusammenarbeit – zu einer deutlichen Abkühlung des politischen Klimas zwischen Deutschland und Russland geführt habe. Auf der anderen Seite sei, stellte **Günter Joetze** fest, Menschenrechtspolitik in den Augen vieler Russen diskreditiert. Verantwortlich dafür seien nicht zuletzt Doppelstandards und eine einseitige Befassung westlicher Staaten mit diesem Thema. Zwar seien Doppelstandards bis zu einem gewissen Grad ein integraler Bestandteil der internationalen Beziehungen. Ihre Akzeptanzgrenze sei jedoch erreicht, wenn bei konstanter Kritik an Russland die Kritik an einem anderen Land, namentlich den USA, tabuisiert werde. Europa praktiziere Doppelstandards eines solchen Ausmaßes, dass negative Auswirkungen auf die russische Wahrnehmung westlicher Menschenrechtspolitik nicht ausbleiben könnten.

**Manfred Sapper** zeichnete in seiner Einführung die innerdeutsche Kontroverse nach, die gegenwärtig um die „richtige“ Russland-Politik ringe. So sei der Deutsche Bundestag in drei Lager gespalten. Die einen hielten die bisherige Russland-Politik für gescheitert und

forderten eine Überprüfung ihrer Prämissen. Verfechter dieser Position argumentierten, dass alle Projekte der Annäherung substanzlos geblieben seien. Die Beziehungen zu Russland seien von Simulation geprägt: Scheinwahlen oder Scheinparteien seien auch für Putins Russland charakteristisch. Andere forderten eine vertiefte Zusammenarbeit mit Russland, der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten. Nur so könnten positive Veränderungen in diesen Ländern erreicht werden. Eine dritte und Position zeige sich weitgehend zufrieden mit den existierenden Handelsbeziehungen zu Russland und fordere die Beibehaltung dieser Strategie. Diese drei Standpunkte seien jeweils durch unterschiedliche Vorstellungen der Akteure von Frieden und Stabilität geprägt und zögen sich durch alle Parteien hindurch. In seinem Beitrag unterstützte **Sapper** keinen der drei Standpunkte und plädierte für eine Veränderung in der deutschen Wahrnehmung der Russland-Problematik. Er kritisierte die von vielen Sozialdemokraten unterstützte These, dass „Beserwisserei“ deutscher Politik den Beziehungen zu Russland schade und sprach sich für eine „neue Verantwortungsethik“ gegenüber Russland aus. Deutsche Kritiker müssten diejenigen Kräfte im Land unterstützen, die eine Aufhebung der Repressionen und die Umsetzung der russischen Verfassung forderten. Die historische Schuld Deutschlands für die Verbrechen an den ostslawischen Völkern, die oft als Argument für das Schweigen zu den innerrussischen Verhältnissen angeführt werde, nehme Deutschland in die Pflicht, zu handeln. Statt ein autoritäres Regime zu unterstützen und dessen autoritären Charakter zu leugnen, müsse man die Repressionen von Zivilgesellschaft, NGOs und oppositionellen Parteien bekämpfen.

Die These aufgreifend, eine Modernisierung in Russland sei notwendig, stellte **Sapper** ein weiteres Dilemma fest: Putin kriminalisiere jene Kräfte, die für die Modernisierung Russlands gebraucht werden: die Opposition, die NGOs sowie demokratische Parteien.

**Aleksander A. Dynkin** widersprach **Sappers** These der „kastrierten Modernisierung“ und betonte, dass Modernisierung auch ohne die Einmischung westlicher Akteure in die innerrussischen Angelegenheiten möglich sei. Diese glaubten zwar, durch ihre externe Unterstützung der Opposition und NGOs zu einer positiven Entwicklung in Russland beizutragen, irrten sich jedoch. Der „revolutionäre Pathos“, wie ihn **Sapper** oder **Ryschkow** an den Tag gelegt hätten, sei, so **Dynkin**, sehr gefährlich für Russland. **Nasarow** vertrat zuspitzend die Ansicht, dass direkte Wahlen in Teilen Russlands auch zu einem direkten Ausbruch von Territorialkonflikten führen würden, wie zum Beispiel in Kabardino-Balkarien, Inguschetien oder Tschetschenien. Auch direkte Gouverneurswahlen in diesen Gebieten würden die Demokratie schwer schädigen und die Entwicklung Russlands gefährden. Zwar dürfe, so **Nasarow**, die Problematik der Korruption und der Privilegierung von Eliten nicht unterschätzt werden, jedoch müsse man die sicherheitspolitischen Realitäten Russlands im Blick behalten. **Sapper** forderte, dass Themen wie die Repression der Zivilgesellschaft nichtsdestotrotz offen diskutiert werden müssten, und dass es keine übergeordneten Sicherheitsinteressen geben könne, die ein Schweigen darüber rechtfertigen. Auch **Wladimir Ryschkow** kritisierte das Schweigen deutscher Politiker. Diese

müssten sowohl mit dem Regime sprechen als auch die russische Zivilgesellschaft stützen. Zugleich sei hörbare Kritik an dem Regime notwendig.

**Konstantin I. Kosatschew** und **Wladimir Nasarow** waren ganz anderer Meinung als **Sapper** und **Ryschkow**. Sie bezeichneten die deutsche Kritik am Putin-Regime als falsch, weil sie die politische Entwicklung Russlands störe. Auch **Sergej A. Karaganow** irritierte ein prospektiver Konfrontationskurs und eine Bevormundung Russlands durch deutsche Akteure. Beides fördere anti-deutsche und anti-westliche Einstellungen in Russland und untergrabe das eigentliche Potenzial der deutsch-russischen Freundschaft. Zu leichtfertig kritisiere Deutschland, so **Nasarow**, die russische Demokratie und unterschätze dabei die Prozesse der Öffnung, die in Russland stattfänden. Dazu gehörten unter anderem transparentere Wahlen sowie veränderte Registrierungsmodalitäten für Parteien.

Nach Ansicht von **Franz Thönnies** seien dies jedoch nur kleine Maßnahmen, die vom autoritären Staat überschattet würden. **Ryschkow** beklagte darüber hinaus, dass in Russland erstmals seit den 1930er Jahren wieder Prozesse gegen Oppositionelle geführt werden. Diese würden für Gewalttaten verurteilt, die sie nicht begangen hätten, und angesichts dieser Entwicklungen sei an eine voranschreitende Demokratisierung Russlands schwer zu glauben. Dem pflichtete **Hannes Adomeit** bei und bekräftigte, dass die deutsche Politik auf die Einhaltung der von Russland eingegangenen internationalen Verpflichtungen bestehen müsse. Man könne die moralische und die pragmatische Perspektive nicht trennen, da Marktwirtschaft und Demokratisierung miteinander einhergingen: Beide seien Voraussetzung für eine Modernisierung Russlands.

Dem hielt **Nasarow** entgegen, dass die Modernisierung und Demokratisierung Russlands von innen komme und keinesfalls von außen gelenkt werden müssten. Er verteidigte das Agentengesetz der russischen Regierung und argumentierte, dass dies auf jene Akteure – vor allem aus den USA – ziele, die genau solche Versuche unternähmen, die russische Entwicklung von außen zu steuern. Die USA aber seien keine moralische Führungsmacht und versuchten, Russland Normen aufzudrängen, die sie selbst nicht einhielten. Es sei deshalb richtig, dass diese Tätigkeiten in Zukunft mit Hilfe des neuen Agentengesetzes unterbunden würden. Daran anknüpfend kommentierte **Irina Kobrinskaja**, dass es weder „moralische Führer“ noch eine idealtypische Demokratie gebe. Dagegen existiere in Russland eine „grassroot-Demokratie“, die sich durch kleine Projekte russischer Bürger kennzeichne und auch zu gesamtgesellschaftlichen und politischen Veränderungen führen könne. Dem fügte **Ryschkow** hinzu, dass es hunderte Nichtregierungsorganisationen in allen Regionen Russlands gebe, die nicht aus „ausländischen Agenten“, sondern aus russischen Bürgern bestünden. Dass dieses zivilgesellschaftliche Netz das Ziel von Repressionen werde, dürfe man auf keinen Fall zulassen. Zugleich bezeichnete **Ryschkow** den Glauben an eine Bedrohung des Staates durch NGOs als paranoid und kritisierte **Nasarow** für seine Unterstützung des Agentengesetzes. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Stiftung „Memorial“, die wichtige Arbeit für die russische Gesellschaft leisteten, fielen unter die Repressionen dieser Gesetzgebung. **Karaganow** sah es wiederum als



fatal an, dass die russische Zivilgesellschaft gewohnt sei, aus dem Ausland finanziert zu werden, da Hilfe von außen mehr schaden würde, als dass sie helfe. „Memorial“ müsse durch russische und nicht durch ausländische Gelder finanziert werden. Als größtes Problem für die Entwicklung Russlands betrachtete **Karaganow** die Hinterlassenschaften des Sowjetregimes, die das russische Volk verstümmelt hätten. Deutschland könne deshalb einen Beitrag zur Entwicklung Russlands leisten, indem es beim Wiederaufbau des Bildungssystems sowie der gesellschaftlichen Strukturen helfe.

Einen weiteren Streitpunkt stellte die Frage dar, wie die russische Bevölkerung sich die politische Entwicklung ihres Landes vorstelle. **Franz Thönnies** zitierte hierzu eine Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums. Demnach werde die Demokratie in Russland von der Bevölkerung mehrheitlich als eine „spezielle Demokratie“, als „keine Demokratie“ oder aber als „sowjetisch geprägte Demokratie“ wahrgenommen. Problematisch sei zugleich die Fixierung der Russen auf starke Führungspersönlichkeiten, während die Fähigkeit zum Kompromiss als weniger wichtig erachtet werde. **Andrej B. Subow** bezweifelte, dass die öffentliche Meinung in Russland ein autoritäres Regime unterstütze. Zwar seien die Zahlen des Lewada-Instituts glaubwürdig, jedoch müsse berücksichtigt werden, dass die russische Gesellschaft von den öffentlichen Medien, vor allem dem staatlichen Fernsehen, indoktriniert sei. Die darin wiederzufindenden rechten Tendenzen seien höchst bedenklich, und es vermittele der Bevölkerung die Idee einer „zivilisatorischen Überlegenheit“ und eines nationalen Narzissmus, die das Selbstbild und die Meinung der Bevölkerung beeinflussten. Daraus folgerte **Subow**, dass das Demokratieverständnis der Russen durch die Medien verzerrt, eine Veränderung der Massenmedien folglich zu einer Veränderung der öffentlichen Meinung führen werde. Hier solle Deutschland seiner historischen Verantwortung nachkommen und Russland mithilfe seiner eigenen Erfahrung darin unterstützen, die autoritären Tendenzen des Regimes zu überwinden.

Gegen die Vorwürfe einer un-freien Presse in Russland sprachen sich sowohl **Kosatschew** als auch **Kusnetsow** vehement aus und betonten die Existenz unabhängiger Massenmedien in Russland. Sie stellten fest, dass die russische Bevölkerung Vorstellungen von Demokratie habe, die den westlichen diametral entgegengesetzt seien. Es gebe kein westliches Idealbild, dem Russland folgen könne, und so seien die Bürger bereits mit geringen Verbesserungen des politischen Systems zufrieden. Zudem würden die europäischen Bürgerrechtler in Russland keine Themen aufgreifen, die für die russische Bevölke-



P.W. Schulze, A.W. Sagorskij, K.I. Kosatschew

... (The text continues from the previous block, describing the views of European human rights activists in Russia.)

rung von Bedeutung seien. Darüber hinaus kritisierte **Kusnetsow** auch in diesem Kontext die Barrieren, die von europäischer Seite gegenüber Russland aufrechterhalten würden. Die rigorosen Visabestimmungen der Europäischen Union begrenzten den kulturellen Austausch mit Europa und verhinderten, dass sich die Menschen mit den europäischen Verhältnissen und Vorstellungen von Demokratie und Zivilgesellschaft vertraut machen könnten. Dagegen sehe der russische Bürger lediglich die missionarische Attitüde westlicher Akteure, was zu Frustration und Ressentiments gegenüber dem Westen führe. Diesen Entwicklungen müsse, so **Kusnetsow**, durch Intensivierung des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs entgegengewirkt werden. Des Weiteren müsse die EU bereit sein, Russland als kulturell und politisch gleichwertigen Akteur zu akzeptieren. Auch **Kosatschew** kritisierte die vorherrschende europäische Haltung gegenüber Russland. Seiner Meinung nach müssten sich die EU und Deutschland über die Kompatibilität europäischer und russischer Politik verständigen. Er sprach sich dafür aus, Russland als einen europäischen Staat zu akzeptieren und Schritte der Annäherung und Integration in die europäischen Strukturen zu unternehmen. Sollte Europa Russland und seine Strukturen jedoch als „fremd“ wahrnehmen, seien die Versuche, politische Veränderungen in Russland zu erzwingen, umso weniger nachvollziehbar. Dass politische Veränderungen nicht durch Sanktionen zu erzwingen seien, unterstützte auch **Karsten D. Voigt** und befürwortete einen doppelten Dialog mit Russlands Regierung und Zivilgesellschaft. Dabei sei Kooperation eine Bedingung für Veränderung, während Kritik und Kooperation sich nicht gegenseitig ausschließen dürften. Wichtig sei auch, welche Akteure Kritik übten und wie diese gestaltet werde, denn das Gegenüber dürfe keinesfalls moralisch diffamiert werden. Diesbezüglich sprach **Irina Kobrinskaja** von einer Krise der Toleranz in Deutschland. Diese Krise müsse überwunden und ein neues Toleranzmodell entwickelt werden, das auch in der Lage sei, mehr Sicherheit für Russland und Deutschland zu erreichen.

Die Sicherheitskooperation als wichtiger Teil der deutsch-russischen Beziehungen stellte ein weiteres Thema des Panels dar. Dabei diskutierte man vor allem die Russland-NATO-Beziehungen als ein Feld, das, wie **Klaus Wittmann** betonte, beidseitige Anstrengungen für eine erfolgreiche Kooperation erfordere. Einerseits müsse die NATO Verantwortung für die Verschlechterung des Verhältnisses zu Russland übernehmen und weitere Versuche unternehmen, dieses für Kooperationsprojekte zu gewinnen. Dabei sei mehr Verständnis für die russische Mentalität und die russischen Sicherheitsbedenken aufzubringen. Andererseits brauche Russland ein Umdenken in seiner Sicherheitspolitik. Es müsse sich von Feindbildern verabschieden und daran interessiert sein, langfristig besser mit der NATO und dem Westen zu kooperieren. Diese Kooperation würde momentan dadurch behindert, dass Russland auf die Nicht-Erweiterung der NATO poche. Das habe die NATO Russland aber nie versprochen. Auch sei, so **Wittmann**, eine konkrete Agenda für den NATO-Russland-Rat unentbehrlich, damit dieser ein wichtiges Instrument der Integration zwischen den beiden Parteien werde. Auch **Franz Thönnnes** forderte mehr Annäherung und Integration zwischen der NATO und Russland. Kleine Schritte der Verständigung seien bereits umgesetzt worden, wie man an Afghanistan sehen könne, und müssten

weiter ausgebaut werden. Deutschland müsse Russland dabei stärker einbeziehen und eine Öffnung der EU gegenüber der Entwicklung einer Eurasischen Union nach europäischem Vorbild befördern.

In seiner Schlussbetrachtung benannte **Franz Thönnies** die erforderlichen Orientierungspunkte des deutsch-russischen Dialogs. Dieser müsse sich auf Sicherheit, Demokratie, Stabilität sowie Menschenrechte fokussieren. „Wandel durch Handel“ hänge dabei eng mit dem Ziel zusammen, das Leben der Menschen im Sinne von Willy Brandt verbessern zu wollen. Handel könne hierbei eine wichtige Rolle als stabile Basis der Kooperation spielen. Jedoch müsse man sich auch der Emotionalisierung des Dialogs bewusst sein und eine Zuspitzung der Positionen vermeiden, da Außenpolitik keine eskalierenden Tendenzen entfalten dürfe. Die Unterschrift unter die UN-Charta ermögliche, so **Thönnies**, die Diskussion über die bestehenden Verhältnisse und eine Umsetzung von Menschenrechten gemeinsam mit Russland. Über Werte zu reden bedeute zugleich auch über Werte zu streiten. Man müsse gemeinsame Ziele formulieren und diese rational verfolgen. Es könne auch Rückschläge geben, jedoch müsse man trotzdem für demokratische Freiräume kämpfen und in der russischen Gesellschaft deutlich machen, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie enorm wichtig seien. Kritik sei dabei legitim und Dialog und Kooperation mit allen Parteien erforderlich. Nur auf diese Weise könnten die deutsch-russischen Beziehungen in allen Bereichen gestärkt werden. In der konkreten Umsetzung müsse sowohl ein „Wandel durch Handel“ angestrebt werden, als auch Wandel durch Beteiligung der Zivilgesellschaft und durch parlamentarischen Dialog. Darüber hinaus müssten ein Austausch in der Kommunalpolitik sowie ein Diskurs über Toleranz und innergesellschaftliche Integration angestoßen werden. Die deutsch-russischen Beziehungen müssten nach der Maxime des „Handelns zu sittlichen Zwecken“ gestaltet und die Lücke zwischen Wirtschaftsbeziehungen und politischen Beziehungen mit Pragmatismus, Ausdauer und Geduld geschlossen werden.

Auch **Ewald Böhlke** und **Herta Däubler-Gmelin** sprachen sich für einen geduldigen Dialog mit der Regierung und der Zivilgesellschaft Russlands aus. Eine Gegenüberstellung von Wirtschaft und Menschenrechten sei illusionär und kontraproduktiv. **Däubler-Gmelin** betonte, dass der deutsch-russische Dialog sowohl ausgeweitet als auch überdacht werden müsse. Wie **Sapper** und **Ryschkow** mahnte auch sie, dass eine kritische Auseinandersetzung mit Menschenrechtsfragen notwendig sei. Zugleich eröffnete sie die Perspektive einer gegenseitigen konstruktiven Kritik. Internationale Institutionen wie der Europarat müssten stärker als Forum des Austausches genutzt werden. Da menschenrechtliche Standards keine innenpolitischen Angelegenheiten seien, müsse ein multilateraler Diskurs über diese Fragen angestoßen werden. Eine solche Öffnung des Diskurses sei, so **Däubler-Gmelin**, noch wichtiger als bilaterale Kritik. Eine weitere Voraussetzung für eine Intensivierung der deutsch-russischen Beziehungen sah **Aleksej Kusnetsow** im Abbau europäischer Barrieren gegenüber Russland. Europa müsse dabei das Entgegenkommen Russlands erwidern, denn nur dann könne die deutsche Kritik rezipiert werden und ein vertrauensvoller Dialog entstehen. Dass sich Kritik und Kooperation nicht gegen-

seitig ausschließen, fand auch **Heike Dörrenbächer**. Die Kategorien „Russland-freundlich“ und „Russland-kritisch“ seien für sie kein Gegensatz oder ein Denkmuster, das im politischen Diskurs vermieden werden müsse. Es sei sowohl schwierig als auch gefährlich, keine Kritik zu üben, denn die Forderungen nach mehr Demokratie in Russland seien legitim und müssten in konstruktiver Weise auch geäußert werden.

Bezeichnend für die Diskussion des ersten Panels war, dass trotz der kontrovers erörterten Probleme der deutsch-russischen Beziehungen stets die historische Verbundenheit der beiden Länder herausgestellt und betont wurde, dass diese enge Verbundenheit auch in Zukunft bestehen bleiben müsse. Die demokratischen „Irrungen und Wirrungen“ beider Staaten, wie **Franz Thönnies** die wiederholten Phasen diktatorischer Herrschaft in der deutschen und russischen Geschichte bezeichnete, bildeten eine feste Brücke der Verantwortung, die trotz aufkommender Spannungen für die Aufrechterhaltung der Bemühungen um positive bilaterale Beziehungen Sorge. Wie **Konstantin Kosatschew** und **Aleksandr W. Busgalin** abschließend festhielten, wurde das Forum der Schlangenbader Gespräche trotz der vielen Kontroversen als Möglichkeit erfahren, nicht nur in einen Dialog miteinander zu treten, sondern auch die eigenen Positionen mit den Augen des Gegenübers betrachten, selbstkritisch reflektieren und besser verstehen zu können. Auch sei das Treffen ein Vorbild des kulturellen Austausches, dessen großes gemeinschaftsstiftendes Potenzial in vielen weiteren deutsch-russischen Kulturprojekten entfaltet werden müsse.

## Panel 2

### Geopolitik – was ist das?

Das zweite Konferenzpanel beschäftigte sich mit dem höchst kontroversen Begriff der Geopolitik und unternahm den Versuch, diesen Begriff mit Inhalten zu füllen. Während **Egbert Jahn** in seinem Vortrag die historischen Hintergründe der Geopolitik darlegte und ihre wichtigsten Thesen und Implikationen kritisch hinterfragte (sein Vortrag ist im Anhang in voller Länge wiedergegeben), gab **Sergej Karaganow** einen Überblick über die Entwicklungen der Geopolitik in Russland und stellte ihre Bedeutung für die heutige russische Weltsicht heraus. **Andrej Subow** setzte sich wiederum kritisch mit den Hintergründen der Geopolitik im sowjetischen und postsowjetischen Raum auseinander und stellte einen Zusammenhang zwischen der Popularität geopolitischer Denkens und der demokratischen Verfasstheit eines Staates her. Die anschließende Diskussion fragte unter anderem nach der Bedeutung geopolitischer Kategorien für die heutige Außenpolitik sowie für die weitere Entwicklung der Weltordnung.

Wie **Jens Paulus** einleitend feststellte, sei Geopolitik in Deutschland lange Zeit ein diskreditierter Begriff gewesen, ganz anders als im restlichen Europa und auch in Russland. Um diesen Umstand angemessen erklären zu können, ging **Egbert Jahn** in seinem Beitrag

zunächst auf die Definition des Begriffs ein, um anschließend seine Entwicklung in der deutschen Geschichte nachzuzeichnen. Was Geopolitik ist, könne, so **Jahn**, nicht einfach beantwortet werden, denn Geopolitik sei nicht „etwas“, sondern das, was man darunter verstehe oder verstanden habe. Exemplarisch zitierte **Jahn** das 1925 veröffentlichte Buch „Geopolitik des Pazifischen Ozeans“ des deutschen Geopolitikers Karl Haushofer. Auf die Frage „Was ist Geopolitik?“ antwortete Haushofer, dass Geopolitik mehr als die Kunst des Staatsmannes sei, zwangsläufige Tatsachen und Entwicklungen in der Politik zu sehen und zu nutzen. Vielmehr gehe es darum, über die oberflächliche Beschäftigung mit Tagesfragen hinaus weltpolitische Entwicklungen in ihrem Auf und Ab zu verstehen, indem man sich in den Aufbau der Völker und Staaten und in die Grundzüge der Weltpolitik vertiefe. **Jahn** schlussfolgerte, dass Autoren der Geopolitik im Grunde eine universale Synthese aus Geographie, Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft anstrebten, aus der sie politische Handlungsempfehlungen ableiteten.

Seit dem Ende des Nationalsozialismus sei „Geopolitik“ in Deutschland ein geächteter Begriff gewesen, gleich den Begriffen „Rasse“, „Gemeinschaft“, „Führer“ oder „Arier“, die Verwendung in der NS-Ideologie fanden. Deshalb habe Geopolitik lange Zeit als Legitimations- oder Pseudowissenschaft im Dienste der NS-Vernichtungspolitik gegolten. Diese Begriffsächtung werde dadurch verkompliziert, dass im angelsächsischen Raum *geopolitics* nicht in dieser Art und Weise konnotiert sei. In der Literatur sei „Geopolitik“ wiederum keine „Politik“, sondern eine Wissenschaft. Auf die Frage, wie dieser Umstand zu erklären sei, äußerte **Jahn** die Vermutung, dass es keinen bestimmten Raum oder Gegenstand gebe, der Objekt von Geopolitik sei. Damit stelle Geopolitik eine Interpretation von Politik dar und könne als eine Wissenschaft oder als Ideologie bezeichnet werden.

Die Entwicklung des Denkens über Geopolitik sei in Deutschland stark national bestimmt gewesen. Als Grundlagenwerk der Geopolitik könne Friedrich Ratzels „Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges“ betrachtet werden. Das bezeichnende Denkmuster darin sei, dass der Staat als Organismus betrachtet werde, nicht im biologischen Sinne, jedoch als eine Organisation mit Strukturen und „Organen“. Ratzels Werk lege nahe, dass das Verhalten von Staaten nur zu verstehen sei, wenn man begreife, wie seine inneren Strukturen funktionierten. Ratzels Ausgangsthese sei, dass in der Geschichte eine Reduktion von Staaten von vielen tausend zu wenigen hundert stattfinde. Ein Staat könne sich indes nur dann stabil entwickeln, wenn Grundbesitz die Nomadenwirtschaft verdränge und der Staat ein Bevölkerungswachstum verzeichne. Die „Bevölkerung“ solle dabei nicht ethnisch definiert sein und müsse den Staat akzeptieren. Die Erfolgsgeschichte des britischen Staates zeige, dass Kolonialisierung und Landnahme die Voraussetzung stabiler Staatsentwicklung seien. Staat werde hierbei auch als „Wirkraum“ des Volkes verstanden. Während sich Ratzel als politischer Geograph verstanden habe, sei der Begriff der Geopolitik erstmals von dem schwedischen Geographen Rudolf Kjellén eingeführt worden. Dieser, ein Anhänger der konservativ-autokratischen Ideen des Deutschen Reiches, habe den ersten Weltkrieg als einen „Sieg

der minderwertigen westlichen, universalen Zivilisation über die höherwertige europäische Kultur“ interpretiert.

Dass Haushofers Geopolitik eine Verbindung mit der NS-Ideologie eingegangen ist, sei, so **Jahn**, wesentlich dem Hilfsassistenten Haushofers, Rudolf Heß, zu verdanken, ein enger Gefolgsmann Hitlers. Über ihn hätten die Begrifflichkeiten Haushofers ihren Weg in



die NS-Terminologie und in „Mein Kampf“ gefunden. Haushofers Interesse galt jedoch dem britischen Imperium und der Frage, wie dessen Weltmonopol gebrochen werden könne, ohne einen Krieg zu entfachen. Eine Möglichkeit dazu habe Haushofer in einem Bündnis des eurasischen Kontinentalblocks gesehen. Seine Geopolitik laufe folglich auf eine Konfrontation der

Seemächte mit den Kontinentalmächten hinaus. Aus Sicht der ersteren, wie den USA, müsse eine eurasische Einheit dem Kontinentalblock zur Weltherrschaft verhelfen und daher unbedingt verhindert werden. Diese Sichtweise habe das weltpolitische Denken im Kalten Krieg bis zum Zerfall der Sowjetunion geprägt. Heute finde sich eine „westliche“ Geopolitik in der Ansicht, dass Russland und China eine Bedrohung der Weltdemokratie darstellten. **Egbert Jahn** resümierte, dass Geopolitik Großmachtpolitik und eine militaristische Politik sei. Zu ihrer Aktualität merkte er kritisch an, dass etwa die These Ratzels von der Expansion der Staaten nicht mehr anwendbar sei, da umgekehrt die Zahl der Staaten seit einiger Zeit wieder wachse. Dieser Einschätzung pflichtete **Günter Joetze** bei und bemerkte, dass dies wahrscheinlich ein Resultat des Verbots des Angriffskriegs sowie der verbesserten Verteidigungsfähigkeit kleinerer Staaten sei und somit viel besser durch militärische und politische als durch räumliche Faktoren erklärt werden könne. Auch habe sich, so **Jahn**, das Nationalstaatsprinzip zu einem antiimperialen Prinzip gewandelt, das keine Expansion mehr zulasse. Stattdessen könne eine Tendenz der Integration von Staaten beobachtet werden: Die Inklusion habe die Expansion abgelöst. Diesen Unterschied wolle Russland, so **Jahn**, nicht verstehen. Dass Integrationsprozesse nicht mehr erzwungen werden könnten und ausschließlich auf der freiwilligen Entscheidung der Staaten basierten, beende jedoch nicht die raumpolitische Konkurrenz der Großmächte. Vielmehr bestehe seit 1990/91 eine Integrationskonkurrenz, die sich zwischen den unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Modellen Brüssels und Moskaus fortsetze. So biete die EU ein Integrationsmodell ohne Hegemonie an. Aus diesem Grund könne es eine Integration der EU mit den USA ebenso wenig geben, wie eine Integration der EU mit Russland, da diese Hegemonial- bzw. Großmächte nicht mit dem Integrationsmodell der Europäischen Union kompatibel seien. Diese Konstellation führe zu einem Fortbestehen der

globalen Konkurrenz und einem Denken in machtpolitischen Kategorien. Um diesem großmachtpolitischen Denken begegnen zu können, müsse daher, so **Jahn**, die Frage nach einer globalen Integration gestellt werden.

Kann es eine globale wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Integration als Alternative zur gesamteuropäischen Integration geben? Diese Frage griff **Peter W. Schulze** auf und verwies auf die Publikation „Die Rückkehr der Geopolitik“, in der er gemeinsam mit anderen Autoren mögliche geopolitische Perspektiven für das östliche Europa entwickelt habe. Dabei sei in Zukunft sowohl eine Zugehörigkeit Russlands zu „Großeuropa“ denkbar, was den Euroasiatischen Raum zerbrechen lassen würde, oder aber seine Integration in den asiatischen Raum. Da eine künftige Weltordnung sowohl multi- als auch tripolar sein könne und sowohl eine kooperative, als auch eine konfrontative Entwicklung der russisch-europäischen Beziehungen möglich sei, könne man nicht absehen, welche Machtkonstellation sich in Zukunft ergeben werde und auch nicht, ob das heutige „Kern-europa“ bestehen bleiben, oder sich eine andersartige Integration entwickeln könne.

Der These **Jahns** von der Unvereinbarkeit Russlands oder der USA mit den europäischen Integrationsprozessen widersprach **Kusnetsow**: Eine Integration der EU mit Russland sei durchaus möglich. Auch dürfe bei Integrationsprozessen der Dominoeffekt nicht unterschätzt werden. So entfalteten die EU-Beitrittsprozesse, die nicht ausschließlich auf Freiwilligkeit beruhten, einen indirekten Zwang zur Integration.

**Sergej Karaganow** skizzierte in seinem Vortrag die russische Sicht auf die Geopolitik. Diese sei nicht, wie Paulus eingangs behauptet habe, nur in Deutschland geächtet gewesen, sondern habe bis vor kurzem auch in den USA als politisch inkorrekt bzw. als unangemessen gegolten. Auch in der Sowjetunion sei die Geopolitik als eine „Wissenschaft der Bourgeoisie“ geächtet gewesen. **Karaganow** selbst definierte Geopolitik als eine einfache und logische Formel von Außenpolitik multipliziert mit Geographie und fragte, warum die Geopolitik in das Denken der USA und Russlands zurückgekehrt sei. Verantwortlich hierfür seien das explosionsartige Wachstum Asiens, der zunehmende Wert von Territorium sowie die wachsende Bedeutung Afrikas als rohstoffreichem Kontinent. Auch könne die Rückkehr der Geopolitik mit der neuen Ära der Renationalisierung begründet werden, die eingesetzt habe, nachdem die These vom „Absterben des Staates“ verworfen worden sei. Darüber hinaus habe die globale Klimakrise die Abhängigkeit des Menschen von seiner natürlichen Umgebung deutlich vor Augen geführt und die Geographie damit zu einer entscheidenden Kategorie der Politik werden lassen. Neue Konflikte seien um den pazifischen Ozean, das erste geopolitische Zentrum, entbrannt. Weitere Konflikte um die Erdölressourcen bahnten sich wiederum um das zweite geopolitische Zentrum, den Indischen Ozean, an.

In Russland sei, so **Karaganow**, schon immer Geopolitik betrieben worden, da die russische Politik stets von traditionellem Denken dominiert worden sei. Die Rückkehr der Welt in geopolitische Gedankenbahnen erzeuge in Russland daher große Freude. Die Weiten Sibiriens könnten zu einer Triebkraft der ökonomischen Entwicklung werden,

bisher sei jedoch noch kein Nutzen aus ihrer geopolitischen Bedeutung gezogen worden. Die positiv zu bewertende Rückkehr der Geopolitik relativiere jedoch nicht die Bedeutung von Ideologien, wie man an der von **Jahn** erwähnten westlichen Hysterie um (Nicht-) Demokratisierung sehen könne. Diese Thesen seien jedoch falsch, denn global fände momentan ein Zuwachs an Demokratie statt, der Menschen überall auf der Welt zu mehr Einfluss ver helfe. **Karaganow** bemängelte die definitivische Hegemonie westlicher Staaten über den Demokratiebegriff. So kritisiere der Westen China als undemokratisch, obwohl das Land Prozesse der Demokratisierung und Modernisierung durchlaufe. Damit sei die Definitionsmacht des Westens gebrochen, und „Demokratisierung“ könne nicht mehr mit „Westorientierung“ gleichgesetzt werden. An **Jahns** Integrationsthese anknüpfend postulierte **Karaganow**, dass auch Russland attraktive Modelle der Integration anzubieten habe, so wie Putins Vorschlag einer Integration zwischen der EU und Russland, die Raum biete für jene Länder, die beispielsweise aus der EU austreten wollten. Mit solchen Ideen könne Geopolitik kreativ genutzt werden, um neue Möglichkeiten der Kooperation und auch Integration zu entdecken.

Zu einer entgegengesetzten Bewertung von Geopolitik kam **Andrej Subow**. Er knüpfte an die Erläuterungen von **Egbert Jahn** an und widersprach dessen Interpretation, dass Geopolitik keinen Gegenstand besitze. Während Politik ohne die Dimension des Raums gedacht werden könne, befasse sich die Geopolitik mit dem konkreten Gegenstand des geographischen Raums und mit Theorien, die besagten, dass ein Staat aufgrund seiner geographischen Lage eine bestimmte Politik verfolgen müsse und zu bestimmten Konflikten verurteilt sei. Essenz der Geopolitik sei mithin die Bestimmung der Politik durch die geographische Lage. Diese Interpretation des politischen Handelns berge eine fatalistische Logik und sei „falsche Wissenschaft“, da die Geographie das politische Handeln zwar beeinflussen könne, es jedoch nicht determiniere. So seien etwa Pakte, die nach geopolitischer Logik unausweichlich gewesen sein müssten, nie zustande gekommen. Die Ächtung der Geopolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sei, so **Subow**, nachvollziehbar, da geopolitischer Glaube an die Determiniertheit durch Geographie sowohl zum Ausbruch des 1. als auch des 2. Weltkriegs geführt habe.

Ferner setzte sich **Subow** mit der Frage auseinander, warum Geopolitik im postsowjetischen Raum und in Russland eine so große Rolle spiele. Dabei kam er zu vier Schlussfolgerungen, die sich radikal von den Thesen **Karaganows** zur Renaissance der Geopolitik unterschieden. Zum einen habe nach dem 2. Weltkrieg ein kultureller Einbruch auf dem Territorium der Sowjetunion stattgefunden. Während man im Westen und vor allem in Deutschland über die Ursachen des Weltkriegs nachgedacht habe und daher Geopolitik geächtet habe, sei diese Einsicht nie in den sowjetischen Raum vorgedrungen, da hier der Sieg über Nazi-Deutschland gefeiert und zu nationalistischen Zwecken instrumentalisiert worden sei. Das zweite Moment, das die Rückkehr der Geopolitik im postsowjetischen Raum nach 1991 begünstigte, sei das Gefühl der Marginalisierung der gesamten Region nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gewesen. Dieses Gefühl habe man in Russland durch das Wiederaufleben der Geopolitik kompensieren wollen, denn in geopoliti-



schen Kategorien stelle Russland nicht eine untergehende, marginalisierte Macht, sondern ein Viertel der gesamten Welt dar. Das dritte Moment stellten der Antiamerikanismus und die anti-westlichen Einstellungen dar, die von der kommunistischen Führung kultiviert worden seien. Obwohl die kommunistische Ideologie verblasst sei, bleibe der Antiamerikanismus. Die Geopolitik sei ein geeignetes Instrument russischer Akteure, diese Einstellungen nicht mit einer verworfenen Ideologie, sondern mithilfe des Konzepts einer „geographischen Determiniertheit“ zu begründen. Der vierte Grund für die Popularität der Geopolitik in Russland sei, so **Subow**, die nostalgische Sehnsucht nach dem russischen Imperium: Der Eurasische Raum ersetze nun das frühere Imperium. In diesen Kontext sei auch die Aussage Putins einzuordnen, dass der Zerfall der Sowjetunion die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ darstelle. Zusammenfassend verurteilte **Subow** Geopolitik als falsche Ideologie, die der These Samuel Huntingtons vom „Kampf der Kulturen“ vergleichbar sei. Während letztere in den USA jedoch als Ideologie erkannt und an den renommierten Universitäten und Instituten des Landes nicht ernsthaft thematisiert werde, sei die Geopolitik in Russland ein bedeutender Bestandteil der Staatsideologie. Schließlich mahnte **Subow** an, dass politische Führer ein Volk nur dann für die geopolitische Ideologie gewinnen und zur kriegerischen Eroberung eines geopolitischen Raumes veranlassen könnten, wenn es keine Demokratie und Pressefreiheit gibt. Dann könne Geopolitik an die Stelle von Freiheit treten und führe unweigerlich zurück in die Diktatur. Unter demokratischen Bedingungen siehe geopolitisches Denken dahin, da es allein keine Massen mobilisieren könne. Da eine solche Entwicklung gefährlich und überflüssig sei, müssten die Tendenzen der russischen Staatsführung zu geopolitischem Denken äußerst kritisch bewertet werden.



W.A. Ryschkow, A.B. Subow

In der anschließenden Diskussion kamen die Teilnehmer zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen der Rolle und Bedeutung von Geopolitik für die internationalen Beziehungen. So dankte zwar **Wladimir G. Baranowskij** den Rednern für ihre interessanten Vorträge, bezweifelte jedoch die Relevanz der Geopolitik für den aktuellen Diskurs und konstatierte, dass es heute keine Geopolitik gebe, sei es als Wissenschaft oder als Politikanatz. Zwar spielten die Geographie und die natürlichen Faktoren eine Rolle, diese seien jedoch lange vor Mackinder oder Ratzel vorhanden gewesen und hätten keine ernstzunehmende Bedeutung für die Außenpolitik von Staaten. Geopolitik sei daher zwar ein interessanter Gegenstand, aber eine ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema würde zeigen, dass sie überflüssig sei. Auch müsse das Thema Geopolitik

niemanden beunruhigen, da „Geopolitiker“ zwar gelegentlich in der Politik auftauchten, jedoch perspektivlose Einzelfälle darstellten. Dieser Einschätzung widersprach **Ralf Thiele**. Seiner Meinung nach sei Raumdenken aktuell und könne nicht einfach ignoriert werden. Neben geographischen Räumen existierten aber auch Cyberräume, der Weltraum und andere Räume, die im politischen Denken ebenfalls eine Rolle spielten. **Kusnetsow** bezeichnete Geopolitik seinerseits als eine politische Geographie ohne großes Wissen der ökonomischen Geographie.

Anders als **Baranowskij** folgte **Andrej W. Sagorskij** den Ausführungen von **Subow**, dass nämlich geopolitische Argumentationsmuster in der russischen Politik nicht unterschätzt werden dürften. Die Geopolitik sei in den 1950er Jahren nicht als „falsche Wissenschaft“ sondern als „Proto-Wissenschaft“ verworfen worden. Geopolitische Denkmuster hätten jedoch bis heute überdauert und treten immer dann zutage, sobald man mit anderen Argumenten nicht weiterkomme. So werde auf alte geopolitische Theorien zurückgegriffen, da man der Schnelligkeit der globalen Entwicklungen nicht folgen und diese nicht rational erklären könne. Dem stimmte auch **Karaganow** zu. Er hielt jedoch geopolitisches Denken für natürlich und prognostizierte auch für Europa ein Wiederaufleben der Geopolitik, sobald es eine Führungsrolle in der Weltpolitik beanspruchen sollte.

**Irina Kobrinskaja** legte dar, dass neuere Entwicklungen das klassische, von **Jahn** ausgeführte Konzept der Geopolitik erweitert hätten. Diese seien zum einen ein neuer Kampf um Ressourcen, der sich um Humanressourcen, Wasser und Nahrung sowie Energieressourcen drehe und dem geopolitischen Machtkampf eine neue Qualität verleihe. Zum anderen gebe es heute zwei dynamische Zentren der Geopolitik: das transatlantische und das transpazifische Zentrum. Welche geopolitische Rolle Russland in dieser Konstellation spielen könne, sei noch zu klären. Die jüngste Veränderung des geopolitischen Machtspiels sei die veränderte Konstellation der Akteure, da man heute auch kleine Akteure beobachten könne, wie zum Beispiel in Zentralasien, die die großen geopolitischen Entwicklungen beeinflussten und keineswegs marginalisiert werden dürften.

An die Ausführungen von **Subow** anknüpfend bemerkte **Busgalin** leicht ironisch, dass er zwar schon immer ein Kritiker von Geopolitik gewesen sei, jedoch erst durch die Ausführungen **Subows** verstanden habe, warum diese in Russland so beliebt sei: Die Sympathie der Russen für die Geopolitik sei eine Reaktion auf die scharfe Kritik, wie sie von **Subow** geäußert worden sei. Denn die Russen neigten dazu, so **Busgalin**, das Gegenteil von dem zu tun was man ihnen sage. So wolle der russische Mensch, wenn man ihn auffordere, sich nur um sein eigenes Wohlergehen zu kümmern, erst recht entweder etwas Wunderbares oder etwas Schreckliches tun. Solange die Vertreter der demokratischen Länder alles in ökonomischen Kategorien messen, werde in Russland eine tiefe Skepsis gegenüber Konsum und Marktwirtschaft fortbestehen. Dass man im Westen moralische Kategorien vernachlässige, erzeuge in Russland negative und ablehnende Reaktionen gegenüber dem Westen.

In seiner Schlussbetrachtung des Panels fasste **Egbert Jahn** zusammen, dass Geopolitik ursprünglich an eine bestimmte Form der Politik, die Eroberungspolitik, gekoppelt gewesen sei, ebenso wie an eine sozialdarwinistische Interpretation der Welt und an die Vorstellung von Raum als politischer Kategorie. Die heutigen Integrationsprozesse und Erwägungen, dass beispielsweise die Balkanstaaten ein Teil der EU werden könnten, Marokko jedoch nicht, seien auf die räumliche Aufteilung der Welt zurückzuführen, wie sie noch zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation begründet wurde. Alle politischen Entscheidungen seien zugleich raumpolitische Entscheidungen, auch auf Bundes- oder Länderebene in Deutschland. Dabei stelle sich immer die Frage, welche Räume man füllen oder erobern wolle. Räume seien daher ein integraler Bestandteil des politischen Denkens. Auf den Begriff der Geopolitik könne dabei jedoch getrost verzichtet werden.

### **Panel 3**

#### **Die Revolution der Energiemärkte und die Zukunft des deutsch-russischen Geschäftsmodells**

Das dritte Panel der diesjährigen Schlangenbader Gespräche beschäftigte sich mit der Frage nach den zukünftigen Entwicklungen auf den Energiemärkten und ihren Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland, einem der wichtigsten Energieexporteure weltweit, und seinen Handelspartnern in Europa. Die technologischen Neuerungen der vergangenen Jahre, vor allem im Bereich der Förderung von unkonventionellen Gasvorkommen, sowie der damit verbundene Aufstieg neuer Akteure auf den globalen Energiemärkten, etwa der USA, machten dabei die besondere Relevanz des Themas aus. Zu klären blieb unter anderem, wie russische Unternehmen sowie die russische Regierung mit den neuen Herausforderungen im technologischen und handelspolitischen Bereich umgehen und welche Konsequenzen sich für die europäischen Beziehungen zu Russland, aber auch für die Versorgungssicherheit Europas ergeben.

In seiner Einleitung verwies **Hans-Joachim Spanger** auf die vielfältigen und rasanten Entwicklungen, die sich im Augenblick auf den Märkten für Energie – und insbesondere auf dem Gasmarkt – ereigneten und einige Beobachter von einer „Revolution“ sprechen ließen. Dazu gehörten etwa die Erschließung neuer Gasvorkommen durch unkonventionelle Fördermethoden wie „Fracking“ oder Verbesserungen im Bereich des Transports durch die Liquefied Natural Gas-Technologie (LNG). Diese Neuerungen hätten nicht nur die traditionell bestehende Bindung an Pipelines aufgehoben und zu einer zunehmenden Globalisierung des Gasmarktes geführt, sondern auch den Aufstieg neuer Akteure ermöglicht, welche die Rolle der etablierten Exporteure in Frage stellten. Hier nannte **Spanger** vorrangig die USA und sprach von einer „amerikanischen Erfolgsgeschichte“, denn das Land habe es verstanden, zur rechten Zeit auf die Fracking-Technologie zu setzen und

dadurch beeindruckende positive Ergebnisse für die eigene Wirtschaft erreicht. So seien die Gaspreise auf dem amerikanischen Binnenmarkt stark gesunken, zudem könne das Land in wenigen Jahren gänzlich von externen Energielieferanten unabhängig werden. Europa, insbesondere Deutschland, stehe den neuen Verfahren dagegen kritisch gegenüber, und auch Russland, traditionell ein zentraler Akteur im Energiesektor, müsse seine Rolle in den veränderten Bedingungen erst noch finden.

**Elena A. Telegina** ging in ihrem einführenden Vortrag ebenfalls davon aus, dass die veränderten Bedingungen auf den globalen Energiemärkten tiefgreifende Folgen für die betroffenen Akteure mit sich brächten, auch wenn noch nicht alle Politiker das große Potenzial der sogenannten „Schiefergasrevolution“ erkannten. Gleichzeitig seien mit den neuen Technologien Kohlenwasserstoffe als Energieträger für die Zukunft äußerst wichtig geworden: Heute gehe man davon aus, dass die Gasvorkommen noch für 130, die Ölvorkommen immerhin für 100 Jahre die Versorgung gewährleisten könnten, Tendenz steigend. Doch es gebe auch unmittelbare Folgen, so etwa die Globalisierung der Gasmärkte, die sowohl als Chance, als auch als Risiko begriffen werden müsse. Die rasanten Veränderungen auf den regionalen Energiemärkten und auch ihr Bedeutungsverlust brächten Instabilität mit sich und stellten die traditionellen Akteure in diesem Feld vor große Herausforderungen. So seien Interessenkonflikte und Versorgungsunsicherheit zu befürchten. In der anschließenden Diskussion fragte **Wiktor Larin**, wie sich die veränderten Bedingungen beim Handel mit Gas auf die Zukunft des internationalen Erdölmarktes und insbesondere auf die Rolle der OPEC-Staaten auswirkten. Er wies darauf hin, dass erdölfördernde Länder die aktuell noch hohen Preise für Öl als Zeitfenster für eine Diversifizierung der Wirtschaft und für Investitionen in andere Sektoren begreifen. **Telegina** hielt es zumindest für möglich, dass die OPEC ihre privilegierte Stellung in einigen Jahren verlieren könnte. **Andreas Golphau** betonte die besondere Bedeutung von Energieexporten für die politische Stabilität der OPEC-Staaten, die häufig durch kostspielige Sozialprogramme erkaufte werde, die nur mit hohen Energiepreisen finanzierbar seien. Sollten diese Programme durch die diskutierten Veränderungen auf den globalen Märkten nicht mehr finanzierbar sein, seien soziale und politische Konflikte eine mögliche Folge.

Trotz der potenziellen Verwerfungen durch die neuen Fördermethoden könne ihre zunehmende Bedeutung nicht abgestritten werden. So wies **Telegina** darauf hin, dass die Schätzungen über den Umfang der unkonventionellen Vorkommen beständig nach oben korrigiert würden, und prognostizierte, dass bereits in den nächsten fünf bis sieben Jahren Schiefergas zur wichtigsten Ware auf den globalen Gasmärkten werde. Dies fordere die traditionellen Akteure im Energiesektor heraus und mache eine Anpassung notwendig. Heute zeichne sich ab, dass vor allem die USA es verstanden hätten, rechtzeitig auf das Schiefergas zu setzen. So sei das Land an Russland vorbei zum größten Gasförderer weltweit aufgestiegen, zudem profitiere die amerikanische Wirtschaft von historisch niedrigen Energiepreisen auf dem Binnenmarkt. **Telegina** vermutete auch, dass in zwei bis drei Jahren die USA beginnen würden, sich im Gasexport zu engagieren, denn die För-

dervolumina stiegen weiter an. Dies könne zwar zu einer Preissteigerung für Gas auf dem US-Markt führen, diene aber andererseits zur Stimulation der Weltwirtschaft.

Generell zeige sich, dass Schiefergas trotz der aufwändigen und bisher teureren Fördermethode global konkurrenzfähig werden kann, zumal verbesserte und effizientere Technologien in den nächsten Jahren zu weiteren Kostensenkungen führen und immer mehr Projekte rentabel machen würden. Die meisten großen Energieunternehmen hätten diesen Trend, so **Telegina**, bereits erkannt und investierten im Bereich unkonventioneller Energie. Zwar

bleibe die Frage nach der künftigen Preisentwicklung auf den Gasmärkten offen, denn sinkende Preise könnten Investitionen und neue Förderprojekte verhindern, insbesondere wenn eine Entkoppelung des Gaspreises vom Ölpreis zu weiteren Preissenkungen führe. Gleichzeitig könne aber ein positiver Effekt auf das weltweite Wirtschaftswachstum angenommen werden, vor allem, wenn die wachsenden Märkte in Asien von



A.A. Dynkin, E.A. Telegina

günstig verfügbarer Energie profitierten. Russland dagegen müsse zu den Verlierern der Schiefergasrevolution gezählt werden, wie **Elena Telegina** anmerkte. Zudem stünden das Land und die russischen Gasunternehmen vor der großen Herausforderung, mit der neuen Konkurrenz umzugehen und Anschluss bei der Entwicklung innovativer Fördermethoden zu finden, die ein hohes technologisches Know-how erforderten. Damit gewinne auch Öl für die Exportwirtschaft Russlands an Bedeutung. Der auf hohem Niveau relativ stabile Ölpreis mache – bei sinkenden Gaspreisen – den Handel mit Öl zu einem aussichtsreicheren Geschäft, was sich am Zustand der zwei bekannten russischen Unternehmen ablesen lasse: Während Gasprom mit sinkenden Gewinnspannen kämpfe und sogar Gefahr laufe, in ein Transport- und ein Förderunternehmen aufgespalten zu werden, habe *Rosneft* erst kürzlich TNK-BP aufgekauft und betreibe Technologietransfer mit BP, was dem Konzern in Zukunft auch kostspielige und technisch aufwändige Projekte ermögliche.

Zum Abschluss ihres Vortrags kam **Telegina** auf eine Frage zu sprechen, die eine rege Diskussion unter den Teilnehmern auslöste: die Zukunft und die Möglichkeiten unkonventioneller Fördermethoden von Gas in Europa. „Fracking“ sorge nicht nur zunehmend für Kontroversen, es gebe auch keine einheitliche europäische Position zu dieser Frage. Dabei ließen sich vielfältige Argumente dafür und dagegen anführen. Auf der einen Seite erhielten auch europäische Länder die Möglichkeit, Gas zumindest für den eigenen Verbrauch zu produzieren und unabhängiger von den traditionellen Energielieferanten wie zum Beispiel Russland zu werden. In Zeiten steigender Energiepreise könnten dadurch Preiserhöhungen

aufgehalten werden. Dabei stünden vor allem Länder wie Polen und die Ukraine, die die Abhängigkeit von Lieferungen aus Russland kritisch betrachteten, dem Fracking positiv gegenüber. Gegner des Verfahrens, unter anderem Frankreich, Bulgarien oder auch Deutschland, führten ins Feld, dass die Umweltgefahren noch nicht geklärt seien. **Elena Telegina** machte deutlich, dass sie für die Zukunft eher eine positive Haltung zur unkonventionellen Förderung erwarte: Wenn die Energiepreise weiter anstiegen und sich das negativ auf die eigene Wirtschaft und vor allem den Export auswirke, würden Bedenken in den Hintergrund treten. Zudem seien die Vorkommen in Europa – vor allen Dingen in den südlichen Ländern und in Skandinavien – schon jetzt im Blick externer Investoren, so dass ihre Förderung sich vermutlich ohnehin nicht unbegrenzt abwenden lasse.

Auch andere Teilnehmer beschäftigten sich mit der europäischen Position zur Schiefergasrevolution und zur Rolle der europäischen Staaten darin. So kritisierte **Jürgen Möpert** die deutsche Haltung, die Fracking zum neuen „Angstthema“ werden lasse. Ohne die technischen Anforderungen und Details der unkonventionelle Förderung zu kennen, politisiere man das Thema mit Blick auf umweltpolitische Bedenken. Im Wahljahr 2013 werde sich dieser Trend noch weiter verstärken. Tatsache sei jedoch, dass die Fracking-Technologie auch in Europa schon seit Jahren regelmäßig zur Anwendung komme, ohne dass eine breite Öffentlichkeit Kenntnis davon genommen hätte. Die Methode eigne sich gut, um ausgeförderte Lagerstätten ertüchtigen zu können; zudem trage ein offener Umgang mit verschiedenen Förderverfahren auch dazu bei, dass mehr Mittel für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich zur Verfügung gestellt würden – eine positive Entwicklung, von der die USA bereits profitierten. Die neuerliche Protestwelle führe dagegen dazu, dass auch bereits stattfindende und erfolgreiche Förderprojekte Gefahr liefen, verboten zu werden. Eine solche unbegründete Politisierung sei, so **Möpert**, in jedem Fall abzulehnen.

**Gerhard Mangott** äußerte dagegen Bedenken. Er rief dazu auf, die angeblich positiven Auswirkungen der Verbilligung von Gas auf die Umweltziele zu hinterfragen, denn während der CO<sub>2</sub>-Verbrauch messbar reduziert werde, ließen sich potenziell gefährliche Auswirkungen bislang kaum abschätzen. Dazu gehöre etwa der Austritt von Methangas bei der Förderung von Schiefergasvorkommen. Auch **Wiktor Larin** wies auf die unklaren Auswirkungen der zunehmenden Förderung unkonventioneller Vorkommen auf die Umwelt hin und stellte die Frage nach der Nettobilanz dieser neuen Methoden. **Möpert** gab jedoch Entwarnung und betonte, dass etwa das Entweichen von Methan noch nie beobachtet worden sei, trotz inzwischen umfangreicher Erfahrungen mit dieser Fördermethode. Daraufhin zeigte sich **Ewald Böhlke** aus einem anderen Grund skeptisch. Europa verfüge nicht über ausreichende Vorkommen, um Schiefergas zu einem konkurrenzfähigen Preis zu fördern, so dass entsprechende Projekte aus wirtschaftlichen Überlegungen nur wenig Erfolg erwarten ließen.

**Jürgen Möpert** begann seinen Vortrag mit einem Vergleich der energiepolitischen Trends in den USA und Deutschland und machte deutlich, dass die amerikanische Strate-

gie die wesentlich erfolgversprechendere sei. Durch die neuen Schiefergas-Technologien seien die Erdgaspreise um bis zu 50 Prozent gesunken. Davon profitiere nicht nur die amerikanische Wirtschaft durch vergünstigte Produktionskosten; auch das Ziel der Nachhaltigkeit könne durch niedrigere CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht werden. In Deutschland dagegen würden Gaskraftwerke stillgelegt und stattdessen preiswerte (amerikanische) Steinkohle importiert. Dies sei nicht nur umweltpolitisch, sondern auch unter Berücksichtigung der Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unklug.

Den Fehler sah **Möpert** vor allem aufseiten der Politik, die keine Anreize setze, um den Gasverbrauch und auch die Förderung in Deutschland voranzutreiben. Mehr noch, auch bei bereits umgesetzten Projekten würden aus politischen Überlegungen Steine in den Weg gelegt und Ineffizienz erzeugt. Beispiel hierfür sei die durch Wintershall und Gasprom im Rahmen von North Stream in Deutschland gebaute Gaspipeline. Eine Auflage der EU Kommission bestimme, dass 50 Prozent des Transportvolumens anderen Unternehmen als Gasprom zur Verfügung gestellt werden müssten; doch gebe es keinen anderen Interessenten. So werde die Pipeline mit nur halber Auslastung betrieben. **Jürgen Möpert** stimmte der politischen Leitlinie der Diversifizierung – also einer Verringerung der europäischen Abhängigkeit von russischen Energieexporten – zwar grundsätzlich zu, mahnte jedoch, dabei die Umsetzbarkeit nicht aus den Augen zu verlieren. Russland bleibe der wichtigste Partner für die Energiesicherheit, zumal erhoffte Alternativen wie das Nabucco-Projekt gescheitert seien. Er rief dazu auf, verstärkt in Energieprojekte zu investieren weil zum einen Voraussagen von Experten mehrheitlich belegten, dass sich ab 2017/18 eine Importlücke – etwa für Gas – auftun könnte, die schwerwiegende Folgen für Europa mit sich bringe. Gleichzeitig seien bestehende Transportwege zum Teil stark veraltet, so in der Ukraine, wo seit den 1990er Jahren kaum Investitionen in die Instandhaltung der Pipelines getätigt worden seien. Die Versorgungssicherheit könne also nur garantiert werden, wenn entsprechende Projekte vermehrt betrieben würden, auch mit staatlicher Unterstützung zum Beispiel durch die EU.

In der anschließenden Diskussion interessierte sich auch **Hannes Adomeit** für die Perspektiven der europäisch-russischen Energiekooperation. Anders als **Möpert**, der die Sichtweise Europas in den Mittelpunkt gestellt hatte, fragte er jedoch nach der Strategie Russlands. Er ging davon aus, dass die Kapazitäten von North Stream und South Stream in Zukunft nicht ausreichen würden, um den europäischen Energiebedarf zu decken, was neue Pipeline-Projekte erfordere. Die Rolle von Gasprom werde entscheidend sein für die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Russland und den europäischen Ländern. Auch **Mangott** schloss sich diesen Überlegungen an, bezweifelte allerdings, dass die benötigten Kapazitäten russischer Exporte in die EU so groß sein würden, wie die Politik oftmals betone. Er merkte an, dass Großprojekte wie der Pipelinebau nicht bewertet werden könnten, ohne ihren politischen Gehalt zu berücksichtigen. **Elena Telegina** bezweifelte, dass Russland seine Bedeutung als Energielieferant in Europa verteidigen könne. Der europäische Markt werde bald durch Importe aus vielen verschiedenen Ländern gesättigt sein, so dass lediglich die traditionell gute Kooperation zwischen Russland und Deutsch-

land gesichert bliebe. **Möpert** mahnte, das Potenzial der russisch-europäischen Erfolgsgeschichte im Bereich Energie, die für beide Seiten einen regionalen Wettbewerbsvorteil bedeute, nicht zu unterschätzen. Aufgrund seiner dominanten Stellung auf dem europäischen Markt könne Gasprom auch weiterhin einen hohen Preis im Markt halten und gleichzeitig ein System individuell verhandelter Preisnachlässe etablieren.

**Hans-Friedrich von Ploetz** kam dagegen auf **Möpersts** Kritik an der mangelnden Voraussicht der europäischen Politik zu sprechen, die die ökonomische und energiepolitische Zukunftsfähigkeit Europas gefährde. Er erinnerte an die gravierenden Konsequenzen für die Produktionskosten sowie die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts durch fluktuierende Energiepreise. Daher sollten, so **von Ploetz**, gerade die ressourcenarmen europäischen Staaten der Energieeffizienz und den erneuerbaren Energien Priorität einräumen, um nicht mehr so stark den Preisschwankungen auf den globalen Märkten ausgeliefert zu sein. **Andreas Golphau** wandte an dieser Stelle jedoch ein, dass der Energieanteil am Preis einer Ware meistens gering sei, so dass es wohl nur wenige sehr energieintensive Sektoren gebe, die unter Druck geraten könnten. Auch **Telegina** hob die Bedeutung regenerativer Energien hervor und nannte hier vor allen Dingen den elektrischen Antrieb für Verkehrsmittel. Sollte sich diese Technologie flächendeckend durchsetzen, was allerdings auch politische Entscheidungen erfordere, hätte das tiefgreifende Konsequenzen für die Gas- und Ölmärkte.

Im zweiten Teil seines Vortrags beschäftigte sich **Möpert** aus unternehmerischer Sicht mit den Veränderungen auf den globalen Energiemärkten und präsentierte Überlegungen zur erfolgreichen Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. So erinnerte er daran, dass die traditionelle Lieferkette von Gas sich stark verkürzt habe; es werde nicht mehr bis zur nationalen Grenze, sondern nur noch



K. Wittmann, J. Möpert, W.P. Nasarow

zu zentralen Handelsplätzen, den sogenannten Spots, geliefert. Zudem habe der Preisverfall in den USA durch Verschiebungen von Import- und Exportströmen Auswirkungen auf den globalen Markt mit sich gebracht, die vor allen Dingen die Profitabilität des Gas-handels sinken ließen: Gewinne würden zunehmend „an der Quelle“ gemacht. Um sich als Unternehmen auf diese neuen Konstellationen einstellen zu können, so **Jürgen Möpert**, werde die strategische Kooperation zwischen Konzernen immer entscheidender. Nur durch neue Partnerschaften könne eine Win-Win-Situation für die beteiligten Unternehmen erreicht werden, etwa durch gemeinsame Investitionen in die Erforschung



neuer, günstiger Fördermethoden oder in mehr Engagement an der Quelle. Dabei sei es von großer Bedeutung für den langfristigen Erfolg von Projekten, dass die Lieferländer beteiligt und als gleichberechtigte Partner angesehen würden. Gerade im Energiesektor, wo in vielen Ländern Tendenzen zur (Re)Nationalisierung zu beobachten sind, seien nicht Geld, sondern gute partnerschaftliche Beziehungen und technologische Kompetenz die Eintrittskarte für internationale Investoren. Als positive Beispiele für gelingende Kooperationsprojekte nannte **Möpert** North Stream und South Stream oder die Zusammenarbeit zwischen Wintershall und dem norwegischen Konzern Statoil. **Gerhard Mangott** lobte diesen Fokus auf Kooperation und wies darauf hin, dass Produzentenstaaten bereits heute an den meisten Pipelinevorhaben beteiligt seien, was die Realisierbarkeit von Projekten stark verbessere.

**Andreas Golphau** eröffnete seinen Vortrag mit der Feststellung, dass eine Wende in der Energieversorgung möglich sei: Innovative Methoden trafen auf relativ hohe Preise, die Investitionen rentabel machten. Dies spiegelte sich auch in den in Europa, den USA und Asien breit geführten Debatten um unkonventionelle Fördermethoden wider. Allerdings seien die Auswirkungen der „Schiefergasrevolution“ auf die Energiemärkte ungewiss. Dabei stellte **Golphau** die These auf, dass Europa als energiepolitischer Akteur vollkommen irrelevant sei; vielmehr werde die Zukunft auch der europäischen Energieversorgung in Asien und den USA entschieden. Auf dem asiatischen Kontinent nehme vor allen Dingen China Einfluss auf Preise und Fördervolumina. Zum einen stelle es durch seine schiere Größe schon heute einen riesigen Absatzmarkt dar, Tendenz steigend. Gleichzeitig verfolge das Land eine kluge Energiepolitik, was ihm einigen Gestaltungsspielraum bei der Wahl seiner Handelspartner und selbst bei den ausgehandelten Preisen verschaffe. **Golphau** betonte die gelungene Diversifizierung, die keine einseitigen Abhängigkeiten auftreten lasse: China produziere selbst Schiefergas, habe Verträge mit zentralasiatischen Staaten abgeschlossen und importiere darüber hinaus aus Australien und Qatar verflüssigtes Gas. Das Land könne deshalb in Preisverhandlungen eine unnachgiebige Position einnehmen und günstige Konditionen aushandeln; so stehe das Abkommen mit Russland – eigentlich der bedeutendste Gaslieferant weltweit – nach wie vor aus, weil China nur zu einem niedrigen Preis zu Importen bereit sei. Die Preise, zu denen in Zukunft der asiatische Markt bedient wird, stellten also eine entscheidende Variable für eine „Revolution“ auf den Gasmärkten dar.

Im Hinblick auf die USA benannte **Andreas Golphau** dagegen den Faktor Zeit als zentrale Bedingung. Bislang produziere das Land lediglich für den Eigenbedarf, was der eigenen Wirtschaft sehr zugute komme. Daneben sei jedoch eine Vielzahl an Exportprojekten für Gas bereits beantragt; selbst wenn nicht alle umgesetzt würden, könnten die USA zum zweit- oder drittgrößten Exporteur weltweit aufsteigen. Lieferungen könnten, prognostizierte **Golphau**, 2016 beginnen, was wiederum in Bezug zum ersten Faktor – dem asiatischen Markt – stehe. Denn viele Experten vermuteten, dass China etwa 2017 in eine Angebotslücke geraten werde: Sollten die Vereinigten Staaten zu dieser Zeit mit attraktiven Angeboten und guten Preisen einspringen können, stünde der Übernahme des asiati-

schen Marktes durch die USA nur wenig entgegen. Die heutige Gestalt globaler Energiemärkte könnte sich dadurch grundlegend verändern und traditionelle Akteure, etwa Russland, unter enormen Druck geraten.

Abschließend schränkte **Golthau** ein, dass die von ihm umrissene Entwicklung viele Variablen enthalte und die tatsächlichen Ereignisse ungewiss seien. So gebe es in den Vereinigten Staaten mächtige Interessen unter dem Motto „American gas shall stay home“; auch das grundsätzliche Gewicht von Gas im Energiemix könne zugunsten von erneuerbarer Energie und sogar billiger Kohle sinken. Fest stehe jedoch heute schon, dass die Umbrüche und Unsicherheiten auf den Energiemärkten sich in Zukunft eher verstärken würden. Diese Prozesse machten ein (politisches) Management erforderlich, um die negativen Effekte durch Anpassungskosten für Volkswirtschaften oder einen Rückgang der Investitionen abzufangen. Diese Einschätzung teilte in der Diskussion auch **Samuel Charap**. Er betonte die Unsicherheiten, vor allem im Hinblick auf die USA. Momentan könne weder abgeschätzt werden, ob Flüssig- oder Schiefergas sich überhaupt als rentable Exportgüter erweisen; noch sei die Position des Energieministeriums klar, das sich vorbehalten, Exporte aus politischen Gründen zu bremsen. Beides stelle ein enormes Hemmnis für Investitionen in die neuen Technologien dar. Bedenken äußerte auch **Möpert**, indem er zunächst feststellte, dass die Preise für Gas auf dem amerikanischen Binnenmarkt nicht mit Preisen für den Export gleichgesetzt werden dürften. Denn der Transfer, beispielsweise nach Europa, sei mit hohen Kosten verbunden: Die aktuell verwendete LNG-Technologie erfordere teure Verflüssigungsanlagen, was zu einem Preisaufschlag führe. Als weiteren Punkt nannte er die Vorteile, die die Produktion für den Eigengebrauch für die Wirtschaft der USA bringe. US-amerikanische Firmen könnten sich zu günstigen Preisen im Inland mit Energie eindecken und seien nicht auf die globalen, oftmals instabilen Spotmärkte angewiesen. Dies sei ein Vorteil, den das Land vermutlich halten wolle, was sich in eine Exportbeschränkung übersetze.

#### Panel 4

#### Go East? Der Ferne Osten rückt näher

Das letzte Panel der Konferenz hatte die Entwicklung im Fernen Osten zum Thema. Dabei standen die Beziehungen zu China im Vordergrund, insbesondere die Möglichkeiten und Probleme einer russisch-chinesischen Kooperation. Wie **Aleksandr A. Dynkin** in seinen einführenden Worten anmerkte, sei nach einer langen Phase des Stillstands nunmehr tatsächlich Bewegung in die Debatte um die pazifische Region gekommen. Es habe Investitionen in die fernöstlichen Gebiete Russlands gegeben, so beim Ausbau der Infrastruktur; darüber hinaus stellte der APEC-Gipfel (Asia-Pacific Economic Cooperation) 2012 in Wladiwostok einen Wendepunkt dar, der die Region endlich ins Blickfeld der russischen Regierung gerückt habe. Dafür spreche etwa das erst kürzlich verabschiedete

Programm zur „Wirtschaftlichen und Sozialen Entwicklung des Fernen Ostens und der Baikal-Region“. Auch die Beziehungen zu China stünden ganz oben auf der Prioritätenliste, vor allem unter dem Gesichtspunkt des Energiehandels. Nachdem das Potenzial auf den europäischen Märkten weitgehend ausgeschöpft sei, suche Russland neue Absatzmärkte. Trotz russischer Zusagen von Investitionen in die Transportwege nach China sei allerdings nicht klar, wie sich die weitere Zusammenarbeit gestalten werde, da das asiatische Land ein ganz besonderer Partner sei. Der Handel mit Russland betrage aktuell gerade einmal 3 Prozent des chinesischen Außenhandels, und auch auf russischer Seite sei die Haltung gegenüber China nicht durchgehend positiv, bedenke man beispielsweise den in Moskau verbreiteten Mythos einer „Chinesischen Gefahr“.

Viele dieser von **Dynkin** angerissenen Probleme griff **Wiktor Larin** in seinem Vortrag auf. Zu Beginn kritisierte er den Begriff des „Fernen Ostens“ und schlug stattdessen vor, vom „Pazifischen Russland“ zu sprechen. Er begründete dies mit dem veränderten Verständnis von Entfernung: Auch wenn die Zeitverschiebung nach wie vor Kooperation und Kommunikation behindere, seien die Wege durch die modernen Transportmöglichkeiten wesentlich verkürzt. Im Anschluss an diese grundlegende Bemerkung gab **Larin** einen Überblick über die russische Geschichte in der Region, um daraus Lehren für die heutige Politik zu ziehen. So erinnerte er daran, dass das Engagement im Osten bereits seit 400 Jahren die russische Politik präge. Seit den ersten Siedlungen im 17. Jahrhundert werde die Erschließung der Gebiete stets von einem Großmacht-Diskurs begleitet – Russlands Status als Großmacht sei an seine geographische Ausdehnung nach Osten bis zum Pazifik geknüpft. Dennoch habe es nur wenige Phasen eines intensiven Engagements gegeben, so zur Zeit der Opiumkriege in der Mitte des 19. Jahrhunderts sowie an dessen Ende, als erneut Kriege um die Aufteilung Chinas ausbrachen. In der jüngeren Vergangenheit könne man ebenfalls zwei Höhepunkte der Aktivität im Osten beobachten, in den 1930er und den 1970er Jahren. Hier habe jedoch die Gefahr bestanden, Gebiete etwa in Konflikten mit China zu verlieren. Dies verweise auf eine eigentümliche Konstante in der russischen Politik in der Region: Nur wenn das Risiko des Machtverlustes besteht, engagiere man sich; ansonsten genieße der pazifische Raum keine Priorität. **Wiktor Larin** kritisierte diese Haltung und bemängelte, dass dies in einer zyklischen Aktivität ohne wirkliche Konzeption oder langfristige Strategie resultiere. Er räumte allerdings ein, dass eine nachhaltige und umfassende Entwicklung der Region eine riesige Herausforderung darstelle. So verwies er auf Expertenmeinungen, wonach die Entwicklung des Ostens ein enormes Verlustgeschäft darstelle, da die möglichen ökonomischen Vorteile die Ausgaben niemals aufwiegen könnten. Aus strategischen Interessen jedoch bleibe die Entwicklung der pazifischen Gebiete unumgänglich.

Nach diesem geschichtlichen Überblick kam **Larin** im zweiten Teil seines Vortrags auf die heutige Situation sowie die Perspektiven zu sprechen. Schon Gorbatschew habe eine neue Phase des Engagements angekündigt, das blieb damals jedoch Rhetorik. Erst das Jahr 2006 markiere einen Wendepunkt, angeleitet, wie schon oft in der Geschichte, von dem Glauben, den Osten endgültig zu verlieren, wenn nicht endlich Erfolge erzielt würden. Tatsächlich

zeige der Außenhandel der Region in den letzten Jahren einige Fortschritte; vor allem mit den asiatischen Ländern werde reger Handel getrieben. Auch das Programm zur „Entwicklung des Fernen Ostens“, das konkrete Ziele und Projekte bis 2018 umreißt, könne trotz einiger Kritik als Schritt in die richtige Richtung betrachtet werden. Allerdings lasse Russland nach wie vor eine einheitliche und langfristige Strategie vermissen.



X. Guangcheng, A.A. Dynkin, W. Larin, H.W. Maull

Einige Punkte hob **Wiktor Larin** in der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Region besonders hervor. So könne die Energiewirtschaft richtungsweisend sein. Bereits seit längerer Zeit versuche Russland, mit Asien und vor allem mit China auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten. Zwar gebe es Faktoren, die eine pragmatische Kooperation nahelegten – so etwa die über 400 km

lange gemeinsame Grenze, die geteilte Geschichte, ähnliche soziale und (außen)politische Werte und Interessen bis hin zu einer antiwestlichen Stimmung in beiden Gesellschaften –, dennoch sei der Ausgang ungewiss. **Larin** kritisierte in diesem Zusammenhang die unterbewusste Angst vor China, die sich beispielsweise auf den angeblichen Migrantenströmen aus dem Land gründe. Solche Mythen erwiesen sich bei genauer Betrachtung durchgängig als falsch und hätten dennoch das Potenzial, die Beziehungen zu beschädigen. Als weiterer Faktor für die Zukunft des russisch-pazifischen Raums seien sicherheitspolitische und strategische Aspekte zu benennen. Obwohl die Region in den Beziehungen zu den USA und zu China eine entscheidende Rolle spiele, erwähne zum Beispiel die Sicherheitsstrategie Russlands bis 2020 den asiatischen Raum nicht ein Mal. Dies verweise auf den letzten Faktor: die ideologischen Motive. Zwar begreife sich Russland nur als Großmacht, wenn es die Kontrolle über Sibirien und den Osten des Landes ausübt, dennoch nehme das Selbstverständnis als europäisches Land eine zentrale Stellung ein. Hier müsse sich das Land also auf die Suche nach einer Identität begeben, die seinem Status als „Brücke zwischen Ost und West“ gerecht wird.

**Xing Guangcheng** beschäftigte sich in seinem Vortrag ebenfalls mit der russischen Politik gegenüber den pazifischen Gebieten und auch in einem breiteren Rahmen gegenüber dem asiatischen Raum, wobei für ihn China dort eine herausragende Rolle spielte. Schließlich sei das Land ein direkter Nachbar Russlands und beide teilten ein erhebliches ökonomisches Potenzial, auch wenn sich die wirtschaftlichen Beziehungen bislang unzureichend entwickelten. Er pflichtete **Larin** in der Einschätzung bei, dass es Russland nach wie vor nicht gelinge, eine konsequente und erfolgversprechende Strategie für diese Region zu entwickeln, führte diese Beobachtung jedoch auf andere Ursachen zurück. Wäh-

rend sein Vorredner hervorgehoben hatte, dass der Ferne Osten niemals eine prioritäre Rolle für die russische Zentralmacht in Moskau gespielt habe und sein Aufbau zudem enorme Investitionen erfordere, argumentierte **Guangcheng** mit der Unfähigkeit Russlands, sich für eine Entwicklungsrichtung zu entscheiden – was er als einen schwerwiegenden strategischen Fehler bezeichnete. In diesem Zusammenhang könne man drei mögliche Varianten der russischen Außenpolitik und Integration nachverfolgen: die europäische, die zentralasiatische sowie die pazifische.

Der Faktor Europa habe historisch gesehen immer die Hauptrolle gespielt. Dabei zeichneten sich die Beziehungen nicht nur durch wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen aus, sondern beinhalteten auch eine erhebliche kulturelle und zivilisatorische Komponente. Dies erkläre das heutige Selbstverständnis Russlands als europäisches Land sowie seinen Wunsch, sich weiter in Europa zu integrieren. Als kritisch bewertete **Xing Guancheng**, dass man die Konkurrenz mit den USA um den europäischen Kontinent nach wie vor nicht überwunden habe, lobte jedoch die Initiative von Medwedew aus dem Jahr 2008, die einen Sicherheitsraum „von Vancouver bis nach Wladiwostok“ etablieren sollte. Nur auf diese Weise werde einer Spaltung Europas entgegengewirkt, von der Russland nicht profitieren könne. Den russischen Wunsch nach einer vertieften Partnerschaft mit den europäischen Staaten konnte **Guangcheng** vor dem historischen und kulturellen Hintergrund zwar gut nachvollziehen, doch er sah auch eine entscheidende Schwierigkeit: Die meisten Regierungen in Europa seien zwar zu einer pragmatischen Kooperation mit Russland bereit, doch eine umfassende, auf Gleichberechtigung basierende Integration nach russischen Vorstellungen werde von den meisten abgelehnt. Dies stelle ein zentrales Hindernis für die europäische Entwicklungsrichtung dar.

Als zweite Variante werde die Ausrichtung des Landes auf den zentralasiatischen Raum, etwa auf die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion, diskutiert. Schon in den 1990er Jahren habe sich Russland sehr darum bemüht, enge Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken aufrechtzuerhalten und seinen Einfluss dort zu festigen. So seien Projekte wie die GUS oder die OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit) vorangetrieben worden, um seinen Bestrebungen auch einen institutionellen Rahmen zu verleihen. Die Abhängigkeit von der russischen Wirtschaft und Subventionen seien ausschlaggebend gewesen bei der Entscheidung der neuen Staaten, sich in Richtung Europa oder Russland zu entwickeln. Als wichtigen Schritt in Richtung Integration bezeichnete **Xing Guancheng** Putins Initiative für eine Eurasische Union von 2012, die eine Abkehr vom bisherigen europäischen Fokus bedeute. Allerdings hoffe er, das Projekt Eurasische Union gestalte sich offen und nicht verschlossen. Ein echter Fortschritt könne nur erreicht werden, wenn die neu entstehende Kooperation eine enge Zusammenarbeit auch mit der EU vorsehe. Dann stünde allen beteiligten Staaten ein riesiger Wirtschafts- und Kulturraum von Lissabon bis nach Wladiwostok zur Verfügung.

Zum Abschluss seines Vortrags kam **Guangcheng** schließlich auf die dritte Variante zu sprechen – einen verstärkten Fokus Russlands auf die pazifische Region und Asien – und

präsentierte auch seine Einschätzung der wahrscheinlichsten Entwicklung. Er kritisierte, dass die asiatische Alternative lediglich den dritten Rang belege, während die zentralasiatische die europäische Variante vom ersten Platz verdrängt habe. Das Land stehe heute mehr denn je vor der wichtigen strategischen Entscheidung, ob es sich in Zukunft eher nach Westen oder eher nach Osten ausrichten solle. Seine Größe und seine einmalige geographische Lage erschwere die Wahl, denn es liege ja sowohl in Europa als auch in Asien und vereine viele verschiedene kulturelle Einflüsse aus beiden Kontinenten. Das historische Erbe verweise indes eher in die europäische Richtung, denn schon seit der Zeit Peter des Großen habe der Westen einen großen Reiz auf Russland ausgeübt. Dies spiegele sich auch in der ungleichen Entwicklung der zwei Teile des Landes wider: Während die Gebiete westlich des Urals gut entwickelt seien, sei die Infrastruktur in dem asiatischen Teil – trotz der Fülle seiner natürlichen Ressourcen – mangelhaft.

**Sergej Karaganow** widersprach in der Diskussion **Guangchengs** Einschätzung, Russland müsse sich zwischen den dargestellten Entwicklungsrichtungen entscheiden. Besonders wirtschaftlich stellten eine Diversifizierung und die Zusammenarbeit in verschiedenen Richtungen keinen Widerspruch, sondern geradezu eine Notwendigkeit dar. So werde Europa aus der langen Tradition der Partnerschaft heraus weiterhin bedeutsam bleiben; jedoch erkannten die russischen Eliten zunehmend die Vorteile einer Orientierung nach Osten. **Andrej Sagorskij** fragte dagegen nach den Beziehungen zwischen Russland und China und wies darauf hin, dass der Handel in den letzten Jahren stark zugenommen habe, auch seien russische Investitionen in dem Land häufiger geworden. Vor diesem Hintergrund sei es allerdings besonders problematisch, dass chinesische Investitionen in Russland immer noch selten seien.

**Xing Guangcheng** stellte abschließend fest, dass es ein schwerwiegender Fehler der russischen Regierung sei, den Osten Russlands zu vernachlässigen. Es gelte, diesen Fehler in naher Zukunft zu beheben, denn das aktuelle Ungleichgewicht führe nicht nur zu politischen Spannungen zwischen den einzelnen Regionen und somit zur Instabilität, sondern gefährde auch den erwünschten Status als Großmacht. Er rief daher dazu auf, eine balancierte Strategie zu entwickeln, die zu einer Annäherung und besseren Zusammenarbeit zwischen dem Westen und dem Osten beitragen könne. Aber nicht nur in der Innenpolitik, auch außenpolitisch müsse die asiatische Ausrichtung eine größere Rolle spielen. Dabei stelle China den wichtigsten Partner dar, weshalb den bestehenden Kooperationen wie dem APEC-Gipfel-Format, der Shanghai Cooperation Organization oder auch der BRICS-Initiative höchste Priorität einzuräumen sei.

Während **Larin** und **Guangcheng** die russische Perspektive in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen gestellt hatten, konzentrierte sich **Hanns W. Maull** in seinem Vortrag auf China, die Aussichten seiner Entwicklung sowie deren Auswirkungen auf das internationale Staatensystem. Zu Beginn erinnerte auch er daran, dass der Begriff „Ferner Osten“ irreführend sei, da sich das globale Machtzentrum von Europa weg verschoben habe: Heute biete eine sinozentrische Perspektive einen angemesseneren Rahmen für die Un-

tersuchung internationaler Politik. Zentral für die Entwicklung der internationalen Beziehungen sei die Orientierung Chinas: Wird es die Kooperation mit dem Kontinent oder die Zusammenarbeit in Richtung Ozean, etwa mit den USA, betonen? Es deute sich an, dass letzteres die wahrscheinlichere Variante sei, denn nach dem starken Wachstum der letzten Jahre und einem wahren Entwicklungssprung rücke das Land mehr und mehr in den Mittelpunkt der Weltwirtschaft. Trotz der bisherigen Wachstumsraten um die 10 Prozent und einer bemerkenswerten Stabilität könne man jedoch keine belastbare Prognose für den Fortgang der chinesischen Entwicklung abgeben. Sowohl eine Fortsetzung der Erfolgsgeschichte im Sinne einer Pfadabhängigkeit, als auch eine Periode von Brüchen und Instabilität seien mögliche Szenarien. Zudem bewertete **Mau** die bisherige Entwicklung der asiatischen Länder als nicht unproblematisch, denn trotz der unbestreitbaren Erfolge habe es auch Fehlentwicklungen gegeben, die auf Dauer ernste soziale Probleme hervorrufen könnten.



H.-J. Spanger, E. Böhlke

Als Beispiel zog er erneut China heran und wies darauf hin, dass dort wichtige Stabilitätsfaktoren fehlten: ökologische Nachhaltigkeit, ein gesellschaftliches Klima der Fairness oder Mechanismen zur Bewältigung der sich aktuell verschärfenden sozialen Konflikte. Auch die traditionellen Wertepinzipien, etwa Ideen des Konfuzianismus, seien durch die wirtschaftlichen Reformen und deren Folgen beschädigt worden. Die Politik sehe sich zunehmend überfordert, und Instabilität präge die gesellschaftliche und politische Ordnung. Bisher, so **Hanns W. Mau**, habe sich die Regierung behaupten können – wenn auch zum Teil mit Instrumenten wie der Zensur, die bereits auf den Verfall der politischen Gewalt schließen ließen. Wie lange ihr das in Zukunft gelingen werde, sei ungewiss.

Auch **Ewald Böhlke** interessierte sich für die politische Entwicklung Chinas und verwies darauf, dass die Zukunft des autokratischen Systems nicht nur umfassende Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes, sondern auch auf die Perspektiven der gesamten Region habe. Er fragte, ob eine Kooperation zwischen China und dem NATO-Russland-Rat einen geeigneten Rahmen darstellen könne, um gemeinsame Herausforderungen anzugehen. **Klaus Wittmann** rief dazu auf, vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Erfolge die gesellschaftliche Dimension nicht aus dem Blick zu verlieren. Als Beispiel für eine gesellschaftspolitische Herausforderung nannte er die mangelnde Vergangenheitsbewältigung der Mao-Ära. Ein weiteres, gesellschaftspolitisch zentrales Problem betonten **Detlef Puhl** und **Rudolf Traub-Merz**, indem sie an den demographischen Wandel in China erinnerten. Obwohl die große Bevölkerungszahl sicherlich einen Wettbewerbsvorteil für die

chinesische Wirtschaft darstelle, dürfe man die zunehmende Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft – auch als Folge der Ein-Kind-Politik – nicht außer Acht lassen. Schon bald könne so ein Defizit von Millionen von Arbeitskräften entstehen. Darüber hinaus verwies **Traub-Merz** auf die sich seit 2010 verstärkenden sozialen Proteste und Streiks, die zunehmend Druck auf die Regierung ausübten. Die Forderungen richteten sich dabei vor allem auch gegen die soziale Ungleichheit. Sollten diese Appelle tatsächlich Eingang in die chinesische Politik finden – was als nicht unwahrscheinlich gelte –, könne dies in nächster Zeit den Wettbewerbsvorteil Niedriglohn aufheben. Die Auswirkungen einer solchen Entwicklung auf das wirtschaftliche Wachstum seien zwar nur schwer absehbar, stellten jedoch in jedem Fall eine Herausforderung für das aktuelle, auf Export und niedrigen Löhnen basierende ökonomische System dar.

Dennoch, so **Maull**, bleibe China zumindest für den Moment das global bedeutendste Land in Asien. Dies sei zum einen das Ergebnis einer „Bildungsrevolution“, die das Potenzial der hohen Bevölkerungszahl noch gesteigert habe. Zum anderen betreibe die chinesische Regierung eine kluge Außenpolitik, denn sie verstehe es, sowohl die Länder aus der unmittelbaren Umgebung als auch den Westen einzubeziehen und profitable Partnerschaften zu schließen. Auch in der Wirtschaftspolitik sei die Strategie zu großen Teilen aufgegangen, mit der Integration in die Weltwirtschaft, der Betonung technologischer Innovationen sowie seiner nachholenden Industrialisierung mit einer neomerkantilistischen Ausrichtung, wobei das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell für die eigenen Zwecke adoptiert worden sei. Darin unterscheide sich das Land beispielsweise deutlich von Russland, das es nach dem Ende des Kalten Kriegs nicht geschafft habe, seinen neuen Platz in der globalen Ordnung zu finden.

Am Ende seiner Ausführungen warf **Maull** die Frage nach den künftigen Herausforderungen für China auf. Auf der einen Seite sah er Konfliktpotenzial in Asien, denn einige Länder orientierten sich ebenfalls nach Westen und seien an einer Zusammenarbeit mit China nur begrenzt interessiert; zugleich sei die Nordkorea-Problematik ungelöst. Sollte es dort in nächster Zeit zu einem Kollaps des Regimes kommen, was als wahrscheinlich gelten müsse, werde eine Neugestaltung der Sicherheitsordnung der Region – mit ungewissem Ausgang – notwendig sein. Auf globaler Ebene zeichneten sich, so **Maull**, zwei wesentliche Szenarien ab: Zum einen eine bipolare Ordnung mit den USA und China als konkurrierenden Machtzentren, die jedoch in sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit zueinander stünden; zum anderen eine neue, effektive internationale Organisation nach einem G-2-Modell, in der die beiden Länder den kooperativen Kern bildeten. Dieses Szenario sei positiv zu bewerten, da es mögliche Rivalitäten begrenze und in konstruktive Zusammenarbeit übersetze. In jedem Fall jedoch müssten sich die anderen Staaten, darunter auch Russland und Europa, in diese neue globale Ordnung einfügen. Darauf reagierte **Wladimir Baranowskij** mit der Bemerkung, dass die Mähtekonzerttheorie – zusammen mit einer Politik des *containment* gegenüber den neuen Machtzentren China und USA – einen vielversprechenden analytischen Rahmen biete, um die heutigen Entwicklungen in der internationalen Politik zu verstehen.



**Detlef Puhl** äußerte in der Diskussion Zweifel, ob eine solche sinozentrische Sicht sich tatsächlich als Handlungsrahmen für alle Staaten anbiete. Er räumte zwar die große Bedeutung Chinas im internationalen System ein und plädierte auch für eine Vertiefung der Kooperation zwischen Europa und Asien, wies aber zugleich darauf hin, dass beispielsweise für die europäischen Staaten der eigene Kontinent sowie die USA nach wie vor den zentralen Bezugspunkt bildeten. Dem pflichtete auch **Günter Joetze** bei und stellte fest, dass Europa und die Vereinigten Staaten als Partner weiterhin eine zentrale Stellung einnehmen. Denn trotz pragmatischer Zusammenarbeit mit anderen Staaten sei ein verlässliches Klima des Vertrauens aus historischen und kulturellen Gründen lediglich zwischen diesen beiden Kontinenten möglich. **Aleksandr Busgalin** bewertete die Perspektiven einer europäisch-asiatischen Partnerschaft dagegen wesentlich positiver. Er stellte die These in den Raum, dass etwa der Bau einer Eisenbahnlinie Peking-Berlin einen Durchbruch für die Beziehungen bedeuten könne, so illusorisch dieses Projekt sich zunächst auch anhöre. Denke man jedoch an die ersten Pläne für den Bau der Transsibirischen Eisenbahn, so werde klar, dass jedes solcher Großprojekte eine neue, zuvor unvorstellbare Dimension eröffne, sich bei richtiger Planung und Willen zur Verwirklichung jedoch umsetzen lasse.

Viele Beiträge gingen auf das 2013 verabschiedete russische Programm zur „Wirtschaftlichen und Sozialen Entwicklung des Fernen Ostens und der Baikal-Region“ ein. In Ergänzung der drei vorangegangenen Redner gab daher **Wladimir Nasarow**, der als stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation maßgeblich an der Gestaltung der Sicherheitspolitik im Pazifischen Raum beteiligt war, Einblicke in das Dokument und lieferte eine – optimistische – Einschätzung seiner Wirkung. Zunächst merkte **Nasarow** an, dass die Bedeutung der fernöstlichen Regionen für Russland als unumstritten angesehen werden könne, sowohl aus machtpolitischen als auch aus historischen Gründen. Der Pazifik und Asien seien seit langem ein fester Bestandteil der russischen Identität, was sich in strategischen Partnerschaften mit China, Indien oder Vietnam und besonderen Kooperationen mit Japan und Korea ausdrücke. Seit 2006 habe die Regierung diese Region nun wieder mehr in den Fokus genommen und erkenne, dass über bloße Bekundungen des guten Willens hinaus auch konkrete Projekte notwendig seien, um den Fernen Osten langfristig und nachhaltig zu entwickeln. Es gebe bereits zahlreiche Initiativen, wie beispielsweise den Neubau und die Sanierung von Straßen und Gebäuden oder die Verbesserung des Flugverkehrsnetzes. So sollten der Frieden und die Prosperität in den Gebieten gewahrt und eine Auseinanderentwicklung der Regionen verhindert werden.

Unter diese Bemühungen falle auch das besagte Programm aus dem Jahre 2013. Es sei bis 2025 angelegt und umfasse ein Volumen von 11 Billionen Rubel, oder umgerechnet etwa 250 Milliarden Euro. Dieses Geld sei vorgesehen für den Ausbau der Infrastruktur sowie der Ressourcenförderung und -verarbeitung und für die Entwicklung der Kooperation an der Grenze zu China. Auch politische Instrumente wie die Schaffung von Freihandelszonen oder Steuervergünstigungen seien Bestandteil des Programms. **Nasarow** wies darauf hin, dass vor allem die Diversifizierung von Verkehrs- und Transportwegen unabdingbar sei, wenn etwa natürliche Ressourcen in größerem Maße gefördert und exportiert werden

sollen. Das geplante Handelsvolumen sei nur zu erreichen, wenn unter anderem die Kapazität der Transsibirischen Eisenbahn erhöht, weitere Transportknotenpunkte sowie weitere Eisenbahnstrecken im Osten aufgebaut würden. Letzteres diene der Erschließung der asiatischen Märkte und sei Vorbedingung für verbesserte Handelsbeziehungen mit den Ländern der pazifisch-asiatischen Region, vor allen Dingen mit China. Zum Abschluss erinnerte **Wladimir Nasarow** auch an die Arktis-Problematik und vertrat die Position, dass Russland als Anrainerstaat das Recht habe, neu entstehende Verkehrswege in den nördlichen Gewässern uneingeschränkt zu nutzen. Schließlich handle es sich dabei um Gewässer innerhalb der nationalen russischen Grenzen. Zusammenfassend bemerkte er, dass sowohl die östliche als auch die westliche Ausrichtung des Landes wichtig blieben und das diskutierte Programm ein Schritt sei, um ein Gleichgewicht zwischen den Regionen herzustellen und zu bewahren.

Das vorgestellte Dokument löste unter den Teilnehmer eine rege Debatte aus und wurde sehr unterschiedlich bewertet. Sehr ablehnend äußerte sich beispielsweise **Karaganow**, indem er die Pläne als nicht nur schlecht ausgearbeitet, sondern auch als illusorisch bezeichnete. **Wladimir Ryschkow** dagegen konnte sowohl Stärken als auch Schwächen identifizieren. Während der Fokus auf Infrastruktur, Ressourcenförderung und internationale Kooperation (an der Grenze) zwar grundsätzlich positiv zu bewerten sei, vermisse er eine Förderung von Bildung und Humankapital. Der aktuelle Bevölkerungsrückgang zeige jedoch, wie wichtig dies sei. Bauprojekte allein seien ungenügend, um Entwicklung und Prosperität zu garantieren, denn ein Aufschwung stütze sich vor allem auf die Menschen. Als problematisch sah **Ryschkow** auch die übermäßige Betonung staatlicher Planung und Finanzierung bei gleichzeitig ungenügender Einbeziehung des privaten Sektors an. Auch **Wiktor Larin** bewertete das Programm insofern positiv, als es viele wichtige Punkte aufliste. Infrastruktur und Beschäftigung seien die richtigen Weichen für einen nachhaltigen Fortschritt. Fraglich bleibe indes, ob der russische Staat, der einen Großteil der Investitionen tragen wolle, die enormen Ausgaben tatsächlich bewältigen kann. Vor diesem Hintergrund sollten auch die russischen Partner in Europa aufgerufen werden, sich in der Region zu engagieren. Kooperation mit Russland müsse daher auch zunehmend Kooperation mit dem Fernen Osten bedeuten.